



64. Sitzung

Mittwoch, 19. Juni 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira und Vizepräsidentin Barbara Duden

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin
Abwicklung der **Tagesordnung**

4891

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 20/7738:

Realisierung des Projektes Elbphilharmonie – Bericht über die Neuordnung des Projektes Elbphilharmonie ("Neuordnungsvereinbarung") – Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde" (Senatsantrag)

– Drs 20/8340 –

4891

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Regelungslücken schließen, Sicherheiten schaffen – Nachtrag Nummer 5 zum Leistungsvertrag für das Projekt Elbphilharmonie nachbessern

– Drs 20/8448 –

4891

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Elbphilharmonie
hier: Einrichtung einer Bau-Begleitgruppe

– Drs 20/8449 –

4891

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Elbphilharmonie
hier: Beauftragung von Sachverständigen und Adjudikation

– Drs 20/8450 –

4891

sowie

Antrag der SPD-Fraktion:

Neuordnung Elbphilharmonie: Die Zeit ist reif für eine Entscheidung!

– Drs 20/8456 –

4891

Dr. Andreas Dressel SPD

4891

Dietrich Wersich CDU

4894

Jens Kerstan GRÜNE

4899

Katja Suding FDP

4902, 4914

Norbert Hackbusch DIE LINKE

4905, 4920

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister

4907

Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD

4910

Andreas C. Wankum CDU

4912

Dr. Eva Gümbel GRÜNE

4913

Dora Heyenn DIE LINKE

4916

Barbara Kisseler, Senatorin

4917

Anja Hajduk GRÜNE

4919

Robert Bläsing FDP

4922

Dr. Mathias Petersen SPD	4923
Beschlüsse	4924
Bericht des Eingabenausschusses:	
Eingaben	
– Drs 20/8133 –	4924
Beschlüsse	4924
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
UNSER HAMBURG – UNSER NETZ	
– Drs 20/8194 (Neufassung) –	4925
Dora Heyenn DIE LINKE	4925
Beschluss	4925

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Die Sitzung ist eröffnet, und wir beginnen sogleich mit dem ersten Tagesordnungspunkt, Drucksache 20/8340.

Das ist der Bericht des Haushaltsausschusses, Realisierung des Projektes Elbphilharmonie, Bericht über die Neuordnung des Projektes Elbphilharmonie, Neuordnungsvereinbarung beziehungsweise Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde".

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/7738:

Realisierung des Projektes Elbphilharmonie – Bericht über die Neuordnung des Projektes Elbphilharmonie ("Neuordnungsvereinbarung") – Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde" (Senatsantrag)

– Drs 20/8340 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/8448, 20/8449, 20/8450 und 20/8456 ein Antrag der FDP-Fraktion, zwei Anträge der LINKEN sowie ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der FDP-Fraktion: Regelungslücken schließen, Sicherheiten schaffen – Nachtrag Nummer 5 zum Leistungsvertrag für das Projekt Elbphilharmonie nachbessern

– Drs 20/8448 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Elbphilharmonie

hier: Einrichtung einer Bau-Begleitgruppe

– Drs 20/8449 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Elbphilharmonie

hier: Beauftragung von Sachverständigen und Adjudikation

– Drs 20/8450 –]

[Antrag der SPD-Fraktion: Neuordnung Elbphilharmonie: Die Zeit ist reif für eine Entscheidung!

– Drs 20/8456 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft steht heute vor einer schwierigen Entscheidung, und dieser

Entscheidung kann heute niemand ausweichen. Sollen wir der vorliegenden Neuordnungsvereinbarung des Projektes Elbphilharmonie zustimmen oder verweigern wir die Zustimmung mit der Folge eines in seinen Risiken und Nebenwirkungen insgesamt unübersehbaren Kündigungsszenarios?

(Zuruf von *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Um diese Frage geht es, und ein Wunsch-dir-Was steht heute nicht zur Verfügung. Wir alle müssen uns zwischen genau diesen beiden Handlungsoptionen entscheiden, die jetzt auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der SPD)

Keine Frage, natürlich wäre es schöner gewesen, wenn wir mehr Zeit und die Vereinbarung schon früher gehabt hätten und man sich die eine oder andere Schleife und manches Scharmützel im Vorfeld hätte sparen können. Das ist aber müßig, weil wir heute auf dieser Grundlage die Entscheidung treffen müssen, und zwar auf Basis eines Angebots von HOCHTIEF, dem ersten überhaupt annehmbaren Angebot aus dem vergangenen Dezember. Vorher gab es kein so weitreichendes Angebot von HOCHTIEF, das kann ich insbesondere den Schlaumeiern sagen, die meinen, dass man das alles schon viel früher hätte haben können. Das war last order von HOCHTIEF am 14. Dezember 2012. Bis zur letzten Minute ist nachgebessert worden. Dies war das erste und einzige annehmbare Angebot von HOCHTIEF,

(Beifall bei der SPD)

ein Angebot, das weitreichende – das haben die Gutachter gesagt – und absolut einmalige Zugeständnisse von HOCHTIEF in Fragen der Haftungsübernahme, der Garantien und der Beseitigung der Geburtsfehler dieses Projekts beinhaltet zu einem, und das gehört auch dazu, fast unvertretbar hohen Preis. Das ist die Schattenseite dieser Vereinbarung. Das müssen wir abwägen mit der Alternative der Kündigung. In dem Moment, wo gekündigt worden wäre, hätte man einen Scherbenhaufen gehabt. Das hat uns der namhafte Bauexperte Professor Diederichs, den Sie, lieber Kollege Hackbusch, vorgeschlagen haben, im Ausschuss ins Stammbuch geschrieben. So ist es. Wie weit tragen die Kündigungsgründe? Wie viel Geld würden wir von HOCHTIEF wirklich bekommen, womit wir den Eigenbau hätten finanzieren müssen? Welche Gegenforderungen hätte es gegeben? Fragen über Fragen.

Der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof in Bausachen, Professor Leupertz, hat uns ebenfalls eindringlich davon gewarnt, den Kündigungs- und Klageweg zu gehen – ich zitiere –:

"Wenn man sich das antut, dass man nachher sagt, wir rechnen dann wechselseitig mit diesen ganzen Millionenforderungen auf, wer wann welche Behinderungstatbestände

(Dr. Andreas Dressel)

geschaffen hat. Da gehen Sie so in 10, 15, 20 Jahren dann irgendwann, nachdem Sie zweimal beim BGH waren, und dann sagt Ihnen möglicherweise irgendeiner, die Kündigung war vielleicht doch nicht wirksam. [...] Die Risiken würden sich potenzieren",

schließt Leupertz. Der Mann muss es wissen als ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt wäre außerdem erpressbar, wenn sie kündigt, denn dann müsste sie mühsam auf dem Weg der Einzelvergabe mit allen Nachunternehmern neu verhandeln, und auf einige sind wir in diesem Verfahren zwingend angewiesen. Sie könnten dann jeden Mondpreis verlangen. Das ist das wahre Erpressungsrisiko für die Stadt, und deshalb ist die Elbphilharmonie Marke Eigenbau keine Alternative. Sie wäre technisch, rechtlich und politisch zum jetzigen Zeitpunkt ein Himmelfahrtskommando für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist die Frage insbesondere an die Kollegen von CDU und GRÜNEN, was Ihr Nein, das Sie am Montag beschlossen haben, eigentlich bedeuten soll. Sind Sie jetzt für die Kündigung? Haben Sie inhaltliche Gründe? Geht es Ihnen ums Verfahren oder haben Sie irgendeine Alternative anzubieten? Ich habe keine gesehen.

(Beifall bei der SPD)

DIE LINKE ist immerhin konsequent. Sie waren immer gegen die Elbphilharmonie, und bei diesem Kurs bleibt es.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

– Immerhin einer applaudiert dafür.

Sie haben den Beratungsprozess konstruktiv begleitet und wichtige Hinweise gegeben. Auch die FDP trifft beim Projektstart kein besonderes Versagen. Sie haben sich immerhin zu einer mutigen Enthaltung für heute durchgerungen und einen Zusatzantrag eingebracht, der Überlegungen enthält, mit denen wir den Senat auch beauftragen wollen. Das ist immerhin halbwegs nachvollziehbar.

Was wir aber nicht nachvollziehen können, ist die Position von CDU und GRÜNEN. Dass Sie sich bei der maßgeblichen Verantwortung, die Ihre Senate für das Projekt und ganz konkret für die Fehler bei diesem Projekt hatten, in dieser Art und Weise vom Acker machen, ist verantwortungslos.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Man kann es auch noch anders ausdrücken, und das hat Herr Schües gestern Herrn Wersich bei "Schalthoff Live" aufs Brot geschmiert:

"Wer [...] ablehnt, vergeht sich an der Redlichkeit, und er vergeht sich am Risiko."

Deutlicher kann man es nicht ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden von sehr durchsichtigen parteipolitischen Motiven geleitet.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Jetzt komm mal wieder runter!)

– Das muss man sich dann schon anhören, Herr Kerstan, wenn man nach diesem Vorlauf eine solche Entscheidung treffen will.

Wenn man sich anschaut, dass es Überlegungen gibt, einen Untersuchungsausschuss einzuleiten und zu beantragen, während der vorherige seine Arbeit noch nicht einmal abgeschlossen hat,

(*Birgit Stöver CDU*: Es geht ja um neue Fehler!)

und wenn wir heute in der Zeitung lesen, dass offenbar schon überlegt wird, wie man Herrn Scheuerl als Vorsitzenden eines neuen Untersuchungsausschuss installieren kann, dann zeigt das, dass es Ihnen um Parteipolitik geht und nicht um Verantwortung für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dem Kollegen Kerstan sehr dankbar, dass er den Nachtrag 4 erwähnt hat.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Genau, wer hat den abgelehnt?)

– In der Tat haben wir den abgelehnt. Aber Sie kommen jetzt mit einem Untersuchungsausschuss, der offenbar schon auf den Gängen dieses Rathauses vorbereitet wird. Man überlegt, wie man ihn einsetzen will. Wir haben ein Jahr nach dem Beschluss über Nachtrag 4 einen Untersuchungsausschuss beantragt und eingesetzt, und zwar, als schon klar war, dass Nachtrag 4 nicht aufgeht. Wir haben abgewartet, ob er in der Praxis funktioniert oder nicht. Er funktionierte nicht und war ein Flop. Hätte er funktioniert, dann hätten wir uns diese Sitzung heute sparen können. Insofern zeigt sich, dass Ihre Argumentation nicht aufgeht.

(Beifall bei der SPD)

Auch aus den GRÜNEN kann man nicht schlau werden. Wir hatten ein Gutachtenverfahren vereinbart. Ich glaube, Jens Kerstan hat zugestimmt; jedenfalls war ich dabei, als die GRÜNEN zugestimmt haben. Dann gab es eine Beauftragung der Gutachter und einen Landesausschuss der GRÜNEN. Im Landesausschuss der GRÜNEN wurde dann beschlossen, dass man nicht zustimmen werde, und zwar zwei Tage, bevor die Gutachter ihre Ergebnisse vorgelegt haben. So viel zum Thema Gutachtenverfahren. Aus Ihrer Sicht hätte man sich das eigentlich ersparen können.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Andreas Dressel)

Die Verfahrenskritik von CDU und GRÜNEN ist auch deshalb so bemerkenswert, weil wir den direkten Vergleich haben. Wie war das beim Nachtrag 4? Vom Bürgermeister gab es, wenn ich das richtig sehe, nicht eine einzige direkte Information. Beim Nachtrag 5 hat der Bürgermeister die Fraktionsvorsitzenden und Obleute zum Gespräch eingeladen. Alle Fragen konnten gestellt werden. Es gab das Angebot, dass der Bürgermeister in die Fraktionen geht, und darauf kam keine Reaktion. Hier gab es eine direkte Information, und damals gab es keine.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir die Expertenanhörung. Wir haben in die Drucksachen von damals geschaut, und es gab null Sachverständigenanhörungen. Diesmal gab es drei, und es gab erstmals ein Gutachtenverfahren mit vier externen Gutachten, die lesenswert und beachtenswert sind. Vielen Dank an den Kollegen Hackbusch für den Vorschlag, er hat der parlamentarischen Beratung gut getan.

(Beifall bei der SPD)

Noch besser wäre es aber gewesen, wir hätten die Gutachter nicht nur beauftragt, sondern uns auch deren Votum angeschlossen, aber hier verweigern Sie sich.

(Beifall bei der SPD – *André Trepoll CDU*: Wieso beschäftigen Sie sich denn mit uns?)

Bei der Aktenvorlage gab es aus Ihrer Sicht viel zu meckern. 171 Akten hat der Senat vorgelegt. Er hat vorher immer gesagt: Wenn die Verträge da sind, dann werden die Akten auf den Tisch gelegt, 171 an der Zahl.

(*André Trepoll CDU*: Sagen Sie doch mal was zu den Verträgen!)

Natürlich müssen wir uns an die Datenschutzordnung halten, keine Frage, aber die Akten sind vorgelegt worden. Das Entscheidende ist, dass sie zur Beratung in den Ausschüssen vorlagen. Beim Nachtrag 4 haben wir die Akten nach der Beschlussfassung der Bürgerschaft bekommen. So viel zum Vergleich, wie es damals war und wie es heute ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gar nicht davon sprechen, dass wir die Verträge damals nur unter Aufsicht und nach einer Vertraulichkeitserklärung einsehen durften.

(*Andreas C. Wankum CDU*: Und wie war es diesmal?)

Heute wurden sie ins Netz gestellt, und zwar an dem Tag, als sie unterzeichnet worden sind. Das zum Thema Transparenz. So viel Transparenz war bei der Elbphilharmonie bisher nie, und auch das sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD – *Andreas C. Wankum CDU*: Tüddelkram!)

Uns ist klar, dass wir bei den Fehlern, die es in der Vergangenheit gegeben hat, nur mit Transparenz neue Akzeptanz gewinnen werden.

(*Andreas C. Wankum CDU*: Und mit lernen, das Lernen fehlt noch!)

Die Frage der Kostentransparenz ist dabei entscheidend. In dieser Drucksache ist erstmals hergeleitet worden, wann wer für welche Kostensteigerungen die Verantwortung getragen hat und was die Schlussrechnung ist, die wir den Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise den Steuerzahlern am Schluss präsentieren.

Zwei Zahlen will ich herausgreifen, weil sie sicher in der weiteren Debatte eine besondere Rolle spielen werden. Das eine sind die 195 Millionen Euro Nachschlag. Diese sind im Ausschuss sauber hergeleitet worden und mit Gegenleistungen hinterlegt.

(Heiterkeit bei der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und den GRÜNEN – *Andreas C. Wankum CDU*: In welchem Ausschuss waren Sie denn?)

– Gucken Sie im Protokoll nach, wir können die Seitenzahl gern noch einmal nachliefern. Sie waren dabei und haben offenbar nicht zugehört.

Es ist klar, dass es eine so einmalige Haftungsübernahme nicht zum Nulltarif gibt. Etwas anderes zu behaupten ist naiv, und eigentlich sollten Sie sich das eine Lehre sein lassen.

(Beifall bei der SPD)

Für uns war der entscheidende Punkt, wer das Risiko trägt. Uns war klar, dass von jetzt an HOCHTIEF das Risiko trägt, und zwar für die Vergangenheit und die Zukunft, und nicht mehr der Steuerzahler. Das ist der entscheidende Unterschied, und der sollte uns auch etwas wert sein.

(Beifall bei der SPD – *Nikolaus Hauffler CDU*: Können Sie das garantieren?)

Zu den angeblich 244 Millionen Euro Gegenforderungen an HOCHTIEF, auf die wir jetzt auch so leichtfertig verzichten: Hier waren weder die möglichen Gegenforderungen eingepreist noch die Frage, ob man in einem Kündigungsverfahren in voller Weise obsiegen kann und, und, und. Wer weiß, wann wir je einen Cent davon gesehen hätten. Mit diesem Szenario, in Eigenregie zu bauen, sodass man vielleicht irgendwann 2020, 2025 einen Cent sieht oder auch keinen,

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

weil es einen Vergleich gibt und die Anwälte etwas bekommen und die Stadt nichts, das wäre auf Sand gebaut. So geht es nicht.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD)

Es ist klar, dass wir eine schmerzliche Entscheidung treffen, und es gibt keinen Anlass zum Jubel und zur Freude. Den gibt es erst dann, wenn die Elbphilharmonie tatsächlich fertiggestellt ist. Mit der Transparenz, mit der wir begonnen haben, muss es im Bauprozess und auf dem steinigem Weg, der noch vor uns liegt, weitergehen. Wir haben in unserem Begleitantrag aufgenommen, dass die halbjährliche Berichterstattung fortgesetzt wird, damit das, was wir an Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit begonnen haben, fortgesetzt wird. Das ist das Versprechen, das wir der Stadt geben.

(Beifall bei der SPD)

Zu unseren begleitenden Forderungen gehört auch, dass jetzt ein richtiger Zeitpunkt ist, wieder auf Spender, Unterstützer und Förderer dieses Projekts zuzugehen. Wenn es losgeht auf der Baustelle und wenn es bei dem Projekt ein bisschen Licht am Ende des Tunnels gibt, dann gibt es gute Argumente für weiteres privates Engagement, das sich insbesondere auf den Betrieb der Elbphilharmonie positiv auswirken muss. Zu diesem Punkt haben wir den Zusatzantrag mitformuliert. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es bei der großen Summe, die wir bereitstellen müssen, ein Gebot der Gerechtigkeit, jetzt darüber nachzudenken, wie auch wieder privates Engagement in das Projekt Elbphilharmonie fließen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir bekräftigen in unserem Antrag auch unser Wahlversprechen, dass Bau und Betrieb der Elbphilharmonie die gewachsene Kulturförderung in unserer Stadt nicht beeinträchtigen dürfen und werden. Um es klar zu sagen: Kein Haus der Jugend und keine soziale Einrichtung muss schließen, weil es heute grünes Licht für die Elbphilharmonie gibt. Unser Finanzsenator hat klug Vorsorge getroffen, dass dieser Nachtrag jetzt finanziert werden kann. Diese Zusagen gelten und dieser Spielraum besteht. Wir werden das so machen können ohne Kollateralschäden in der Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Hinweise der Gutachter, die für den Planungsprozess wertvoll sind, in die weitere Erörterung mit den Projektbeteiligten einfließen können. Zumindest in dem Punkt kann es vielleicht sogar eine interfraktionelle Zustimmung geben, weil sich das auch ein bisschen mit den Anträgen deckt, die von Ihrer Seite gekommen sind.

Zum Schluss möchte ich noch einmal einen Gutachter zu Wort kommen lassen. Herr Hackbusch, Sie ahnen es, es ist der Gutachter, der von Ihnen vorgeschlagen wurde. In deutlichen Worten hat Professor Diederichs im Ausschuss einen Appell an Herrn Kerstan gerichtet,

(Jens Kerstan GRÜNE: An alle!)

aber eigentlich gilt er für die ganze Opposition – ich zitiere –:

"Aber, Herr Kerstan, es bringt nichts, wenn man darüber jetzt nachgrübelt, weil es geht jetzt darum, die Entscheidung zu fällen, es zu tun, und da läuft die Zeit und da tickt die Uhr. Und ich denke mal ... Aus unserer Sicht können wir wirklich nur dringend empfehlen: Der [Nachtrag] 5 ist nach bestem Wissen und Gewissen gut [...]"

– Zitatende.

Deshalb geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie heute mit uns für die Neuordnungsvereinbarung.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Olaf Scholz hat die Elbphilharmonie schon im Wahlkampf zum Maßstab seines ordentlichen Regierens erklärt. Er versprach den Hamburgerinnen und Hamburgern, die Elbphilharmonie zügig und kostenstabil fertigzubauen, und auch dafür wurde er gewählt. Gut zwei Jahre später ist genau das Gegenteil des Versprochenen eingetreten. Die Elbphilharmonie wird in seiner Amtsperiode nicht mehr fertig, und der Bürgermeister ist bereit, zusätzlich 200 Millionen Euro dafür zu bezahlen.

Meine Damen und Herren! Zu keinem Zeitpunkt zuvor ist das Bauprojekt so aus dem Ruder gelaufen wie unter der Verantwortung des Bürgermeisters Olaf Scholz.

(Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN – Beifall bei der CDU – *Karin Timmermann* SPD: Ohne rot zu werden! – Glocke)

Nun versucht die SPD, von der eigenen Verantwortung der vergangenen zwei Jahre abzulenken und alle Schuld den Vorgängerregierungen zuzuschreiben.

(Sylvia Wowretzko SPD: Nein, wir übernehmen die Verantwortung!)

Das ist nicht nur unredlich, sondern es ist angesichts Ihrer Haltung, die Sie selbst damals zum Nachtrag 4 im Jahr 2009 eingenommen haben, und angesichts des Schauspiels der vergangenen zwei Jahre grotesk.

Ich will Sie noch einmal daran erinnern, was Dr. Peter Tschentscher am 4. März 2009 in der Bürgerschaft gesagt hat.

(Dietrich Wersich)

"Aber die Verträge, denen die Bürgerschaft zugestimmt hat, sind auch wiederum nicht so schlecht, wie Sie es jetzt darstellen, denn erstens kann der Bauunternehmer angewiesen werden, nach diesen Verträgen zu bauen. [...] Zweitens sehen die Verträge ausdrücklich nicht vor, dass die Stadt bei einem Baukonflikt nach Gutdünken des Bürgermeisters 200 Millionen Euro ohne Prüfung und Belege anerkennt, sondern die Verträge sehen etwas anderes vor. Bei einem Streit über die Mehrkosten – und in dem befinden wir uns eindeutig – hat die Bürgerschaft beschlossen, dass ein unabhängiger Sachverständiger der Handelskammer über die Forderungen des Bauunternehmens befinden soll."

Meine Damen und Herren! Das hätte der Finanzsenator auch heute sagen können. Was ist von dieser Ihrer Haltung 2009 heute im Jahr 2013 eigentlich noch übriggeblieben?

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Wir erinnern uns an den beispiellosen Konfliktkurs mit Ultimativen und Kündigungsandrohungen, und Sie wissen selbst, dass dieser Kurs einen immensen Schaden für die Stadt, aber auch für die Baustelle erzeugt hat. Wer dazu noch mit seiner eigenen Zielsetzung so grandios scheitert, der muss sich fragen lassen, welche Verantwortung er selber trägt. Dieses Bekenntnis zu eigenen Irrtümern und Fehlern, Herr Dr. Dressel, habe ich nicht nur heute bei Ihnen und beim Bürgermeister vermisst.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von *Karin Timmermann SPD*)

Stattdessen versuchen Sie die Flucht nach vorn: Wer dem Deal des Bürgermeisters jetzt nicht zustimmt, der sei gegen die Elbphilharmonie. Aber das ist Quatsch.

(Zurufe von der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ach so, was ist er dann?)

Die CDU bekennt sich zur Elbphilharmonie, und es ist und bleibt ein bedeutendes Vorhaben für unsere Stadt. Wir stehen zu unserer Verantwortung und unseren Fehlern, die gemacht wurden. Und es passt zu Ihrem Auseinandersetzungsstil, dass Sie nicht in der Lage sind, sich anzuhören, was die Opposition zu Ihrem Verhalten zu sagen hat.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Ich wiederhole es: Wir stehen zu unserer Verantwortung für Fehler, die gemacht wurden. Dazu gehört auch der damals von der CDU, der SPD und den GRÜNEN gemeinsam beschlossene frühe Beginn der Bauarbeiten. Das Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft und Loyalität sowohl der Planer HdM als auch des Generalübernehmers HOCHTIEF hat sich als nicht tragfähig erwiesen.

(Beifall bei der CDU)

Zu dieser Verantwortung haben wir auch nach dem Regierungswechsel gestanden. Wir haben der SPD unsere Unterstützung in dieser Frage im Interesse Hamburgs angeboten. Besonders Bürgermeister Scholz hat immer klargemacht, dass er diese Unterstützung nicht braucht, und zwar genau bis zu dem Zeitpunkt, an dem er vor dem Scherbenhaufen seiner eigenen Politik stand.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Legendenbildung!)

Auch jetzt wünscht er sich die CDU als Sündenbock, aber nicht mit uns, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Vorwurf, die CDU hätte selbst keine Vorschläge unterbreitet, ist nachweislich falsch.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, wo ist denn Ihr eigener Antrag?)

Wir haben der SPD früh angeboten, einen Kurswechsel zu einer Neuordnung zu unterstützen. So habe ich bereits in den Haushaltsberatungen im November 2011 Vorschläge zur Neuordnung gemacht, und wir haben einen Fünf-Punkte-Plan für eine Neuordnung im Juni vergangenen Jahres öffentlich vorgestellt. Ich habe in einem persönlichen Gespräch dem Bürgermeister dazu unsere Unterstützung angeboten. Diese Vorschläge wurden vom Tisch gewischt. Noch im Sommer letzten Jahres war der Bürgermeister nicht bereit, über mehr Geld nachzudenken, weil er unverrückbar davon überzeugt war, dass er sich mit seinem Kurs gegen HOCHTIEF durchsetzen wird. Wer so mit einer verantwortungsbereiten Opposition umgeht, der darf sich nicht wundern, wenn er am Ende allein dasteht.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen zur Elbphilharmonie, aber wir sind nicht der Abnickverein des Bürgermeisters.

Ich bin überzeugt, dass die Elbphilharmonie ein Anziehungspunkt für Hamburgerinnen und Hamburger und Menschen aus aller Welt sein wird. Sie wird aber nicht nur Hamburgs kulturelle Bedeutung steigern, sondern sich im Endeffekt für die Stadt auch lohnen. In 20 Jahren wird die an Irrtümern reiche Baugeschichte nur dann noch aus den Archiven geholt werden, wenn die Medien ein klassisches Beispiel brauchen, weil ein aktuelles Bauprojekt aus dem Ruder läuft. Das ist irgendwie tröstlich, aber trotz dieser positiven Zukunftssicht enthebt uns das nicht davon, hier und heute unsere Verantwortung als Abgeordnete wahrzunehmen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Genau! – *Juliane Timmermann SPD*: Ja, dann tun Sie das! – *Sylvia Wowretzko SPD*: Na, dann mal los!)

Sie darf uns auch nicht mundtot machen, das Management des Senats, aber vor allem auch das

(Dietrich Wersich)

beispiellose Verhalten von HOCHTIEF kritisch zu begleiten. HOCHTIEF hat von Anfang an mit dem berühmt gewordenen Claim-Management gegen die Loyalitätsvereinbarung der Ausgangsverträge verstoßen. Wahrscheinlich haben sie sich verzockt und vertan und Mängel abgeliefert, die zu Recht nicht abnahmefähig waren.

(Arno Münster SPD: Das müssen Sie doch wissen!)

HOCHTIEF musste im großen Umfang eigene Baufehler korrigieren und sogar bereits Errichtetes wieder abreißen. Diese Fehler jetzt zu vergessen und mitzubezahlen, ist schwer erträglich, denn alle diese Fehler und Inkompetenzen hat die städtische ReGe mit großem Aufwand dokumentiert. Nach dem Nachtrag 4 im Jahr 2009 hatte sich die Stadt geschworen, sich dieses Verhalten nicht mehr widerstandlos bieten zu lassen, bis zu jenem Kurschwenk des Bürgermeisters im Dezember vergangenen Jahres. HOCHTIEF hat bereits früh im Jahr 2011 angekündigt, die Baustelle stillzulegen, wenn ihre finanziellen Mehrforderungen nicht erfüllt werden; das wissen wir aus der Befragung der Beteiligten. Und tatsächlich, mit angeblichen Gefahren für Leib und Leben bezüglich der Statik des Saaldachs hat HOCHTIEF seine Drohung wahr gemacht und die Baustelle über ein Jahr lang zum Erliegen gebracht. Trotz der klaren Ansage des Senats im Sommer 2011 "Keine Spielchen mehr" setzte HOCHTIEF seine Spielchen munter und am Ende leider auch erfolgreich fort. Ultimaten und Kündigungsandrohungen des Senats wurden mit vorgetäuschem Entgegenkommen beantwortet. Ich habe hier ein paar Pressemitteilungen. Am 23. April schrieb Hochtief:

"Absenkung des Saaldachs ist bis Ende Mai möglich, aber nicht sinnvoll."

Sechs Wochen später, nämlich Ende Mai, heißt es:

"Vorarbeiten für 'Absenkung' des Saaldachs laufen an."

Kommentiert vom Senat:

"Der Ankündigung müssen nun Taten folgen."

Meine Damen und Herren! Das Saaldach wurde mindestens bis Ende November nicht abgesenkt. Diese Zusagen hat HOCHTIEF zu keinem Zeitpunkt eingehalten und hat munter seine Spielchen mit der Stadt getrieben.

(Beifall bei der CDU und bei Christa Goetsch GRÜNE und Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Das ging lange gut. Im Juli vergangenen Jahres haben Sie es sogar geschafft, mit einem neuen Eckpunktepapier Vereinbarungen abzuschließen, die Senatorin Kisseler stolz als einen Durchbruch verkünden konnte. Darin hat HOCHTIEF der Stadt schwarz auf weiß die Grundzüge der Neuordnung

sowie die Klärung der Konflikte der Vergangenheit über ein verbindliches Schiedsgerichtsverfahren zugesichert: keine pauschale Mehrvergütung, sondern verursachergerechte Klärung und Aufteilung der Mehrkosten. Diesen Weg hat die CDU damals unterstützt, diesen Weg sind wir mitgegangen, dieser Weg hätte die Hamburger Steuerzahler vor Schaden geschützt. Doch auch diese Vereinbarung, diese Zusagen – schon damals saß übrigens der neue Chef, Herr Fernández Verdes im Vorstand von HOCHTIEF – waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben standen. Die fruchtlosen Gespräche zur Umsetzung der Eckpunkte in Verträge scheiterten im September. HOCHTIEF hatte Angst vor dem Ergebnis der Schiedsgerichtsverfahren und sah die Aussicht auf mehr Geld von der Stadt schwinden. Deshalb beschloss die städtische ReGe, wie der Senat in seiner eigenen Drucksache einräumen musste, "folgerichtig und zwingend" – das sind die Worte des Senats – die Kündigung. Trotzdem wurde der Erpressungskurs von HOCHTIEF gegen die Stadt noch erfolgreich, denn der Bürgermeister lehnte die Kündigung ab. Der Bürgermeister führte plötzlich Einzelverhandlungen, geheim, ohne Zeugen, und er fällte Entscheidungen ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung der Alternativen, ohne eine Vergaberechtsprüfung. Eine besonders undurchsichtige Rolle spielte dabei der Vertreter des Generalplaners. Er hatte die Gespräche zwischen HOCHTIEF-Chef Fernández Verdes und dem Bürgermeister angebahnt. Am Ende steht für ihn die komplette Enthftung als Generalplaner und eine Vergütung für den Schaden der Bauzeitverlängerung von 17 Millionen Euro, obwohl der Generalplaner bekanntermaßen nicht unschuldig an den Problemen auf der Baustelle war. Für die bereits vorher vereinbarte Leistung erhält der Planer jetzt noch einmal unerklärliche 35 Millionen Euro.

(Jörg Hamann CDU: Das findet Herr Dressel großartig! Das lobt er ja auch entsprechend!)

Wenn es einen großen Gewinner dieser Neuordnung gibt, dann ist es der Planer Herzog & de Meuron.

Aber auch für HOCHTIEF ist der Konfliktkurs aufgegangen: Mehr Geld, Verzicht auf Strafzahlung, Verzicht auf Schadenersatz, sogar Verzicht auf Mitwirkung und Einspruch der Stadt, als wäre die Stadt die Alleinschuldige an allen Schwierigkeiten. Am schwersten wiegt aber der Umstand, dass HOCHTIEF schon mehrfach in der Vergangenheit Preisgarantien abgegeben hat. Im Jahr 2006 sollte das Gebäude für 241 Millionen Euro entstehen,

(Arno Münster SPD: Und davor?)

und mit dem Nachtrag 4 sollte es endgültig für 377 Millionen Euro errichtet werden. Jetzt verlangt HOCHTIEF fast 600 Millionen Euro. Worauf gründen SPD und Bürgermeister angesichts dieser Vorgeschichte ihre Erwartung, dass HOCHTIEF

(Dietrich Wersich)

zukünftig kompetent, zuverlässig und loyal seine Pflichten erfüllen wird? Und wie kann ein Vertrag gelingen, wenn das Fundament des Vertrauens nicht trägt? Kann ein Vertrag, der weitere Preissteigerungen ausschließt, vor dem Hintergrund der bisherigen Geschichte überzeugen, da auch die jetzt und davor verlangte Preissteigerung mit außerrechtlichen Mitteln durchgesetzt worden sind? Ich finde, Sie müssen sich auch die Frage gefallen lassen, ob diese Einigung ihr Geld wert ist. Sowohl die Beteiligten der ReGe als auch der Senat bestätigten uns in den Anhörungen, dass die Kündigung rechtlich tragfähig ist und das alternative Fertigstellungsszenario belastbar ausgearbeitet wurden. Anders ist auch gar nicht zu erklären, dass der Bürgermeister anderthalb Jahre mit dieser Kündigung droht. Wofür der Bürgermeister dann aber HOCHTIEF zusätzlich 200 Millionen Euro zahlen will, das konnte uns niemand erklären,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Stimmt nicht!)

weder die externen Gutachter noch die Beteiligten. Es ist nicht einmal klar, welche Mehrleistung die Stadt eigentlich bekommt, die nicht auch schon im Nachtrag 4 vereinbart worden war. Deswegen will ich an dieser Stelle einmal an Peter Tschentscher aus dem Februar 2010 erinnern, als es um den Nachtrag 4 ging – ich zitiere –:

"Statt Millionen Steuergelder als sogenannte Einigungssumme auszugeben, müssten die überhöhten Forderungen des Baukonzerns zurückgewiesen und der Baukonflikt vor ein Schiedsgericht gebracht werden."

(Arno Münster SPD: Haben Sie das gemacht? Das haben Sie doch nicht gemacht!)

Meine Damen und Herren! Was damals die Haltung der SPD war, kann doch heute nicht Fahnenflucht und Unzuverlässigkeit sein, wenn wir auf diesen Positionen der Stadt gegenüber HOCHTIEF beharren wollen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Es waren auch nicht die einzigen Merkwürdigkeiten, auf die wir bei der Aufarbeitung gestoßen sind. Die Recherchen der Bürgerschaft haben zutage gefördert, dass die Nachforderungen von HOCHTIEF bis zur Neuordnung nur bei 50 Millionen Euro gelegen hatten. Die Stadt hält und hielt davon sogar nur 12,5 Millionen Euro für berechtigt. Jetzt gibt es 200 Millionen Euro, obwohl die Stadt gleichzeitig die bis dahin einbehaltene Strafzahlung für die Bauzeitverlängerung von 40 Millionen Euro freigibt. 200 Millionen Euro, obwohl die Stadt alle durch die Fehler von HOCHTIEF verursachten Mehrkosten und die städtischen Mehrkosten durch den Baustand jetzt selbst bezahlen muss. 200 Millionen Euro und der Verzicht auf sämtliche Schadenersatzforderungen gegenüber HOCHTIEF und weitere drei Jahre Bauzeitverlängerung. Meine Damen und Herren, sieht so eine gute Lösung aus? Ist das

das ordentliche Regieren, das der Bürgermeister den Hamburgern versprochen hat.

(Hans-Detlef Roock CDU: Nein!)

Nein. Diese 200 Millionen Euro sind ein politischer Preis. Er wurde vom Bürgermeister persönlich ausgehandelt in der Hoffnung, sich damit politische Ruhe zu erkaufen, aber diese Ruhe ist trügerisch. Viele in der Stadt und auch wir können Ihr Vertrauen in Kompetenz, Loyalität und Zuverlässigkeit von HOCHTIEF nicht teilen. Wir glauben der SPD nicht, dass nun mit dem Pauschalglobalfestpreis alles gut und problemlos wird. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass während des Weiterbaus Konflikte zwischen dem Generalplaner und HOCHTIEF auftauchen, weil HOCHTIEF versuchen wird, so billig wie möglich zu bauen. Es ist sogar wahrscheinlich, dass die Stadt nicht die vereinbarte Qualität bekommt, sodass der Streit auf den Zeitpunkt der Abnahme 2016 vorprogrammiert ist. Auch eine gerichtliche Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang ist dann nicht ausgeschlossen. Trotzdem gibt die Stadt jetzt alle ihre bisherigen Forderungen und Rechte gegenüber HOCHTIEF auf. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Sind die Verträge wirklich so risikolos, wie es uns der Bürgermeister glauben machen will? Sie berufen sich gern auf die Gutachter, aber Sie haben deren dringende Empfehlung verschwiegen, die städtische Risikovorsorge von 6 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro zu erhöhen. Wofür denn eigentlich, wenn dieser neue Deal nach Auffassung der SPD angeblich ein Rundum-sorglos-Paket ist? Es gibt sehr viele kritische Punkte, und trotzdem will der Senat diese Entscheidung mit dieser immensen Tragweite wieder einmal im Schweinsgalopp durch das Parlament jagen,

(Heiterkeit bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Alles Ihre Baustelle!)

wie schon bei Hapag Lloyd und dem Teilkaufer der Energienetze. Die jeweiligen Ideen des Bürgermeisters werden kurzerhand als alternativlos erklärt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Obwohl die Verträge so schwierig waren, dass der Abschluss nicht zum 28. Februar gelang, obwohl der Abschluss Ende April erst zwei Monate später ins Parlament kam, gab es keine Verlängerung der parlamentarischen Beratungszeit. Der Bürgermeister hat sich geweigert, die Vertragspartner um Verlängerung zu bitten. Lediglich die Verträge, nicht aber wichtige Anlagen und Entscheidungsdokumente wurden ins Internet gestellt. Auch die von uns beantragten Akten wurden erst drei Monate später vorgelegt. Mehr als 170 Aktenbände sollten innerhalb kürzester Zeit unter strafbewehrter Geheimhaltung durchgearbeitet werden.

(Dietrich Wersich)

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist bei Ihnen genauso!)

Die Fakten zum Plan B, die Kündigung, werden bis heute unter Verschluss gehalten, obwohl alle Beteiligten im Ausschuss deutlich gemacht haben, wie penibel und sorgfältig die Alternativszenarien ausgearbeitet waren. Auch für den Senat waren diese Szenarien tragfähig. Schließlich hatte man mit Martin Heyne bereits einen kompetenten Geschäftsführer für die ReGe geholt, der ein exzellenter, ausgewiesener Fachmann mit Erfahrung in der Durchführung von Bauprojekten per Einzelvergabe ist. Doch dieser Senat möchte das Kündigungsszenario am liebsten auf Dauer zu einem Geschäftsgeheimnis erklären, damit diese heiklen Informationen niemals das Licht der Öffentlichkeit erblicken. "Eine Flut von Informationen ist noch keine Transparenz", wie die FAZ zutreffend zu dem Verfahren des Bürgermeisters feststellte.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei Robert Bläsing, Katja Suding, beide FDP, und Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Verschwiegen wurde, dass der Weiterbau mit HOCHTIEF nur deshalb nicht teurer wirkte, weil im Alternativszenario mit 85 Millionen Euro üppige Risikozuschläge kalkuliert wurden und gleichzeitig der Schadenersatz mit 0 Euro angesetzt wurde. Verschwiegen wurde, dass die mit 244 Millionen Euro bewerteten Schadenersatzforderungen zu 50 bis 80 Prozent als durchsetzbar geprüft wurden. Der Bürgermeister hat sogar versucht, gegenüber der Öffentlichkeit zu verheimlichen, dass seitens HOCHTIEF schon Mitte 2011 Vorschläge zur Neuordnung gemacht wurden, dass sogar Ende 2011 bereits von einem Rundum-sorglos-Paket die Rede war.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist doch schlicht nicht wahr!)

Diese Angebote wurden vom Senat abgelehnt, weil der Bürgermeister kategorisch ausschloss, mehr Geld für die Elbphilharmonie zu bezahlen. Dieser Kurs ist gescheitert.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei Robert Bläsing FDP)

Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Bürgermeister nicht einmal bereit, sich den unangenehmen Fragen der Abgeordneten in der Senatsanhörung persönlich zu stellen.

(Dirk Kienscherf SPD: War denn Ihr Bürgermeister mal bereit? Ist der denn mal vorbeigekommen?)

Vertrauen, Herr Bürgermeister, gewinnt man so nicht.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Heute wissen wir, dass mehr als 100 Millionen Euro Schaden von der Stadt abgewendet worden wären, wenn Olaf Scholz früher eingelenkt hätte. Aber auch 100 Millionen Euro Schadenersatz hätte die Stadt im Konfliktfall mit guten Aussichten erstreiten können,

(Dr. Andreas Dressel SPD: In 20 Jahren, oder was!)

wenn der Bürgermeister den von ihm vorgegebenen Kurs konsequent zu Ende geführt hätte. Die Hamburger Bürgerschaft wird sich in den kommenden Monaten überlegen müssen, ob diese Fragen sauber aufgearbeitet werden oder ob sie das dunkle Kapitel der vergangenen zwei Jahre im Schatten ruhen lassen will.

(Heiterkeit bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja der reinste Hohn aus Ihrem Munde!)

Meine Damen und Herren! Auch die SPD weiß, dass der heute abzustimmende Nachtrag 5 natürlich nicht alternativlos ist. Alternativen sind und waren in den vergangenen zwei Jahren da. Wir können nicht über die vielen Fehler und Fehlleistungen von HOCHTIEF den Mantel des Schweigens hängen. Wir können nicht dem totalen Verzicht auf jedweden Schadenersatz zustimmen und damit die durch HOCHTIEF verursachten Kosten dem Steuerzahler aufbrummen. Wir können dem Bürgermeister deshalb keinen Freibrief für sein Elbphilharmonie-Management ausstellen.

(Karin Timmermann SPD: Ist Ihnen das nicht peinlich, was Sie da sagen?)

Die Zahlung des Stillhaltepreises durch den Hamburger Haushalt ist für uns unannehmbar.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Arno Münster SPD)

Vor allem ist zu befürchten, dass die vielen Kritiker Recht behalten, ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Münster, melden Sie sich doch einfach.

Dietrich Wersich CDU (fortfahrend): ... die die Elbphilharmonie mit diesem Nachtrag 5 noch nicht in trockenen Tüchern sehen. Weder die Kosten noch die Qualität sind gesichert. Streit bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen ist programmiert, wenn sich HOCHTIEF nicht grundsätzlich neu erfindet. Daran vermögen wir nicht zu glauben. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei Christiane Blömeke GRÜNE)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Elbphilharmonie hat in den vergangenen Jahren diese Stadt bewegt, im Guten wie auch im Schlechten.

(*Sören Schumacher SPD:* Ja, da haltet Ihr zusammen!)

Im Guten als ein großes Kulturprojekt mit einer faszinierenden Architektur, das viele Menschen spannend und anregend fanden und finden, aber mit Fortschreiten des Baus wurde die Elbphilharmonie zunehmend zu einem Symbol eines Bauprojekts in der Verantwortung der öffentlichen Hand, das finanziell aus dem Ruder lief. Wir GRÜNE haben die Elbphilharmonie von Anfang an unterstützt, denn wir waren immer der Meinung, dass Hamburg als Stadt mehr Kultur braucht und nicht weniger. Dabei war uns nicht nur Hochkultur wichtig. Hamburg braucht einen gesunden Mix aus Hochkultur, Off-Kultur, alternativer Kultur und auch Stadtteilkultur. Darum, meine Damen und Herren, war es uns bei der Zustimmung zum Projekt Elbphilharmonie immer wichtig, dafür zu sorgen, dass es ein Projekt für alle Hamburgerinnen und Hamburger ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wünschten uns ein Haus, dessen Eintrittskarten für Konzerte sich auch Menschen leisten können, die kein großes Portemonnaie haben, einen öffentlichen Platz, der von Menschen genutzt werden kann, die gar keine Konzertkarten kaufen wollen oder können, einen dritten Saal, der nicht nur für klassische Musik, sondern auch für Pop- oder Weltmusik zur Verfügung steht und vielleicht als Wichtigstes die Elbphilharmonie als Kristallisationspunkt für musikalische Bildung, der in die ganze Stadt ausstrahlt, in die Stadtteile, in die Schulen, gerade auch in die Bereiche der Stadt, die nicht auf der Sonnenseite stehen. Vor diesem Hintergrund haben wir immer zu dem Projekt Elbphilharmonie gestanden. Dazu stehen wir auch heute, und unabhängig von unserem heutigen Abstimmungsverhalten werden wir auch in Zukunft zu diesem Projekt Elbphilharmonie stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Gabi Dobusch SPD:* Nur nicht dafür stimmen!)

Heute geht es keinesfalls darum, ob man für oder gegen die Elbphilharmonie ist. Heute geht es auch nicht darum, ob die Elbphilharmonie weiter gebaut wird oder nicht; das wird sie sowieso.

(Zurufe von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Ich habe bisher nicht gehört, dass außer der LINKEN jemand dafür plädiert, dort eine Ruine stehen zu lassen, Herr Dressel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist ein sehr bequemer Weg!)

Insofern geht es heute um die Frage, ob 195 Millionen Euro für den Generalunternehmer HOCHTIEF ein angemessener Preis für die Neuordnung der Verträge mit dem Generalunternehmer und dem Generalplaner ist. Das ist eine enorme Summe, und bis zum heutigen Tag ist es diesem Senat in keiner Weise gelungen zu erklären, wofür diese Summe eigentlich gezahlt wird. Wofür bekommt HOCHTIEF 195 Millionen Euro mehr? Was bekommt die Stadt dafür, was HOCHTIEF nicht schon längst der Stadt aus alten Verträgen schuldet?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Protokoll Seite 95 ff!)

Insofern stellt sich doch eines sehr deutlich dar: Diese Neuordnung, diese Verträge werden teuer erkaufte, aus unserer Sicht zu teuer, und deshalb wird heute meine Fraktion dieser Einigungssumme mit HOCHTIEF in Höhe von 195 Millionen Euro nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Bei der Beurteilung von Verträgen geht es doch nicht nur darum, ob das juristische Konstrukt funktioniert. Ob ein Vertrag vorteilhaft ist oder nicht, hängt doch davon ab, was ich bezahle, was ich dafür bekomme, ob es ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis ist. Wenn es Lasten aus der Vergangenheit gibt, dann werden sie zwischen den Vertragspartnern gerecht aufgeteilt. Es ist sehr interessant, dass dieser Senat, der Bürgermeister, aber auch Herr Dressel in seiner Rede immer nur über das rechtliche Konstrukt reden, aber mit keiner Silbe über den Preis,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Doch! Dazu habe ich was gesagt!)

mit keiner Silbe über das, was wir bekommen und auch mit keiner Silbe darüber, ob ein fairer Lastenausgleich zwischen HOCHTIEF und der Stadt stattfindet. Und das ist die große Schwäche bei dem Vorschlag, den wir heute abzustimmen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing* und *Katja Suding*, beide FDP)

Wir gestehen aber zu, dass diese Verträge aus rechtlicher Sicht, im rechtlichen Konstrukt eine Verbesserung zu den Verträgen aus der Vergangenheit darstellen. Das haben uns auch die Gutachter sehr deutlich nahegelegt. Was die Gutachter aber noch gesagt haben, davon spricht Herr Dressel mit keinem Wort. Sie haben nämlich gesagt: Rechtlich sind diese Verträge in Ordnung, ob aber 200 Millio-

(Jens Kerstan)

nen Euro als Preis in Ordnung sind, können wir überhaupt nicht beurteilen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt so auch nicht!)

In Wirklichkeit können wir das aus den Unterlagen gar nicht herauslesen, und wir geben Ihnen den guten Rat – das war an das Parlament gerichtet –, den Senat einmal zu fragen, wie sich diese Summe genau zusammensetzt. Das haben wir getan. Wir haben in drei Expertenanhörungen die ReGe, den Aufsichtsrat der ReGe und auch den Senat gefragt. Bis zum heutigen Tag haben wir darauf keine Antwort bekommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch nicht!)

Insofern drängt sich doch eindeutig der Eindruck auf, dass es bei diesen 200 Millionen Euro um eine politische Summe geht,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Protokoll Seite 40!)

um eine Einigungssumme, die in weiten Teilen durch keinerlei Leistung von HOCHTIEF begründet ist. Insofern ist das ein Preis, für den wir keine Verantwortung übernehmen wollen und deshalb heute die Zustimmung verweigern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser hohe Preis ist doch nicht vom Himmel gefallen. Dieser Preis ist das Ergebnis eines zweieinhalbjährigen Verhandlungsprozesses, der von einem Zickzackkurs geprägt ist. Wie dieser Bürgermeister mit dem Projekt Elbphilharmonie umgehen wollte, hatte er eigentlich schon im Wahlkampf angelegt. Damals gab es markige Worte nach dem Motto: Unter mir als Bürgermeister wird dieses Projekt zügig und kostenstabil weitergebaut, Spielräume für zusätzliche Zahlungen an HOCHTIEF gibt es nicht. Genau das, so haben wir von den Verantwortlichen der ReGe gehört, war die Anweisung dieses Bürgermeisters an die ReGe. Kein Cent mehr für HOCHTIEF. HOCHTIEF muss weiterbauen. Sie bekommen nur Geld, das ihnen ein Schiedsgericht entweder begleitend oder hinterher zuspricht. Wenn HOCHTIEF nicht bereit ist, das zu akzeptieren, dann müssen wir ein Kündigungsszenario vorbringen und am Ende HOCHTIEF rauswerfen.

Wir haben nun von Herrn Dressel gehört, wie absurd es doch sei, mit Kündigung zu drohen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das habe ich so auch nicht gesagt!)

welch ein wahnsinniges Risiko das sei, und dass man das niemals im Leben machen dürfe, dass die Prozesse sehr lange dauern würden und die Kosten, die auf die Stadt zukämen, am Ende hoch sein könnten. Ihrem Bürgermeister müssen ganz schön die Ohren geklungen haben, als Sie das gesagt

haben, Herr Dressel, denn er hat anderthalb Jahre lang mit Kündigung gedroht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Katja Suding FDP* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Er hat billigend in Kauf genommen, dass HOCHTIEF daraufhin die Baustelle stillgelegt hat, und hat es immer weiter eskalieren lassen und weiter gedroht

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ohne die Drohung hätte es den Vertragsabschluss nicht gegeben!)

bis zu dem Punkt, als nach mehreren Ultimativen HOCHTIEF im Sommer 2012 eine Eckpunktevereinbarung unterschrieben hatte. Drei Monate später musste dieser Bürgermeister feststellen, dass HOCHTIEF zwar bereit ist, Verträge oder Eckpunktentwürfe zu unterschreiben, aber in keiner Weise bereit ist, das dann auch wirklich umzusetzen. Wenn er anderthalb Jahre lang mit Kündigung gedroht hat, dann war das der Moment, in dem er folgerichtig hätte kündigen müssen, so wie es die Verantwortlichen der ReGe, die doch mit viel Aufwand im Auftrag des Bürgermeisters diese Kündigung vorbereitet haben, entschieden haben. Dann kam der dramatische Schwenk des Bürgermeisters. Es wurde deutlich, dass der Bürgermeister nicht mehr bereit war, das zu tun, womit er gedroht hat, nämlich zu kündigen. Plötzlich, Herr Wersich deutete es an, gab es Geheimgespräche mit Herrn Fernández Verdes. Ziel der Gespräche war es, auszuhandeln, wie viel Geld HOCHTIEF bekommt, damit weitergebaut wird. An diesem Punkt, Herr Bürgermeister, haben Sie Ihre Verhandlungsstrategie aufgegeben, weil Sie nach 20 Monaten Baustillstand erkannt haben, dass Ihre Strategie gescheitert ist. Sie sind damit erpressbar geworden, denn Sie brauchten jetzt eine Einigung und mussten jeden Preis akzeptieren, den HOCHTIEF vorgeschlagen hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist doch nachweislich falsch!)

Das ist letztendlich das Ergebnis dieser Neuordnungsverhandlungen; 195 Millionen Euro Einigungssumme, damit der Bürgermeister nach 20 Monaten Baustillstand, die er selbst mit verursacht hat, nicht mit leeren Händen dasteht. Das ist die Geschichte, und das ist die Wahrheit hinter diesem Vertrag, den wir heute beschließen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Christiane Schneider DIE LINKE* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist ein Märchen, was Sie da erzählen!)

Nur damit wir uns jetzt nicht falsch verstehen:

(Zurufe von der SPD)

(Jens Kerstan)

Ich plädiere nicht dafür, dass der Bürgermeister hätte kündigen sollen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach so! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja eine ganz absurde Diskussion! Das wird ja immer schlimmer!)

aber wenn es denn so ist, dass er in letzter Konsequenz eine Kündigung für risikoreich hält, dann hätte er niemals den Weg beschreiten müssen, die Baustelle aufgrund von Kündigungsdrohungen für fast zwei Jahre stillzulegen. Wenn der Bürgermeister nicht bereit war zu kündigen, dann war doch die Alternative zu dieser Neuordnung nicht die Kündigung. Die Alternative wäre gewesen, sich zu einem früheren Zeitpunkt mit HOCHTIEF auf eine Neuordnung zu verständigen. Dies hat der Bürgermeister fahrlässigerweise versäumt. Das bezahlen die Steuerzahler heute sehr teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Nikolaus Hauffler und Dietrich Wersich, beide CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das glauben Sie selber nicht, was Sie da sagen!)

Diese Alternative ist keine reine Theorie, diese Alternative hat es wirklich gegeben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau zu diesen Konditionen!)

Diese Alternative hat es wirklich gegeben, Herr Dressel, und zwar im Sommer 2013, Entschuldigung, 2011.

(Dirk Kienscherf SPD: Wissen Sie selber gar nicht mehr!)

Im Sommer 2011 hat der damalige Vorstandsvorsitzende von HOCHTIEF, Herr Mahlstedt, einen Brief an Frau Kisseler geschrieben, worin er mehrere Szenarien vorgeschlagen hat. Eines davon war die Neuordnung. Das war noch kein Angebot. Er hatte die Frage an den Bürgermeister gestellt: Wollen wir über folgende Punkte verhandeln, um zu einer Einigung zu kommen? Das Erstaunliche ist, dass diese Eckpunkte genau die gleichen sind, die der Bürgermeister zwei Jahre später als Eckpunktepapier diesem Hause vorlegt. Die Planer werden HOCHTIEF unterstellt, dafür garantiert HOCHTIEF den Fertigstellungstermin und einen Preis. Die Stadt zieht sich aus diesem Projekt zurück und beschränkt ihre Rolle dramatisch. Dann ist HOCHTIEF bereit, den Bau zu Ende zu bringen. Das war im Sommer 2011. Damals hat der Bürgermeister entschieden, dieses Angebot auszuschiessen und stattdessen auf ein Kündigungsszenario zu setzen, bei dem 15 Monate später erkennbar war, dass er mit dieser Strategie scheitern würde. Wir wissen heute, dass es eine schwere Fehlentscheidung war, diesen Vorschlag von HOCHTIEF im Sommer 2011 auszuschlagen. Das kommt die Steuerzahler in dieser Stadt teuer zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Katja Suding FDP – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Allein die Bauzeitverzögerung seit dem Sommer 2011 beläuft sich auf 36 Millionen Euro. Die Planer haben für den gleichen Zeitraum 11 Millionen Euro bekommen. Nicht, weil sie geplant haben – das konnten sie gar nicht, da die Baustelle stillgelegt wurde –, sondern weil sie Personal für den Fall vorhalten mussten, dass irgendwann einmal weitergebaut wird. Diese 50 Millionen Euro Kosten für Baustillstand sind entstanden, weil das Angebot von Herrn Mahlstedt damals bei diesem Bürgermeister auf taube Ohren gestoßen ist. Jetzt, 15 Monate später, will dieser Senat doch tatsächlich den Eindruck erwecken, dass erst im Dezember 2012 dieser Weg dem Senat offen gestanden habe. Jeder, der diesen Brief von Herrn Mahlstedt kennt, weiß, dass das nicht die Wahrheit ist. Es hat eine Alternative gegeben, und dieser Senat hat sie nicht genutzt. In der Konsequenz muss der Steuerzahler mehr zahlen. Diese Verantwortung muss der Bürgermeister tragen, und deshalb werden wir dieser Vereinbarung heute auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich wäre vor 20 Monaten der Druck auf den Bürgermeister nicht so groß gewesen, jeden Preis zu akzeptieren, weil er vier Monate nach seinem Amtsantritt politisch noch nicht so unter Druck stand. Es gab noch keine 20 Monate Bauverzögerung und viele Fragen. Insofern hat dieser Bürgermeister einen Großteil der Summe von 195 Millionen Euro durch eine verfehlte Verhandlungsstrategie selbst verursacht, und insofern muss er dafür auch allein die Verantwortung tragen.

Von Ihnen, Herr Dressel, und anderen wird als Begründung gern genannt, dass diese Verträge ein Rundum-sorglos-Paket seien und man deshalb einen derart hohen Preis bezahlen müsse. Ich finde es immer noch kritisch, dass die Summe in keinem einzigen Punkt plausibel hinterlegt wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch nicht!)

Dieser Vertrag ist kein Rundum-sorglos-Paket. Im Bereich Qualitätssicherung und Bauleistung wird einfach das Risiko, das jetzt besteht, auf den Punkt der Abnahme verlagert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vor allem wird es auf HOCHTIEF verlagert! Das ist ja wohl das Entscheidende!)

Dass HOCHTIEF am Ende zahlen muss, ist nur dann der Fall, wenn HOCHTIEF sich an die Verträge hält. Ein Experte in der Anhörung hat gesagt, was von Ihnen nicht gern gehört wird: Die besten Verträge der Welt nützen nichts, wenn der Vertragspartner nicht bereit ist, sich an sie zu halten. Leider ist das die bisherige Erfahrung, die diese

(Jens Kerstan)

Stadt mit HOCHTIEF gemacht hat, und das ist auch die Erfahrung, die der Bürgermeister mit der Eckpunktevereinbarung im Sommer 2012 gemacht hat. Es wurde etwas unterschrieben und HOCHTIEF hat es nicht umgesetzt, und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass HOCHTIEF diesen unverantwortlichen und unzuverlässigen Kurs geändert hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Also doch kündigen?)

Es könnte durchaus sein, dass wir am Ende bei der Abnahme das gleiche Problem haben, das wir auch jetzt haben. Dieser Vertrag ist kein Rundumsorglos-Paket, das solch einen enormen Preis und eine solche Einigungssumme rechtfertigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn wir GRÜNE zum Projekt Elbphilharmonie stehen, können wir heute dieser Neuordnungsvereinbarung nicht zustimmen.

(Gabi Dobusch SPD: Wenn das Ding dann fertig ist, stehen Sie wieder dazu!)

Der Preis von 195 Millionen Euro ist durch eine verfehlte Verhandlungsstrategie dieses Bürgermeisters entstanden, und ihm stehen in weiten Teilen keine konkreten Leistungen von HOCHTIEF gegenüber. Der Bürgermeister musste diese Vereinbarung akzeptieren, um nach 20 Monaten Baustillstand nicht mit leeren Händen dazustehen.

(Gabi Dobusch SPD: Ach, das ist doch das dämlichste Märchen aller Zeiten!)

Herr Bürgermeister, diese Verantwortung werden wir Ihnen heute durch die Zustimmung zu diesem Vertragswerk nicht abnehmen. Diese Verantwortung müssen Sie selber tragen, und deshalb werden wir diese Vereinbarung ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass die Elbphilharmonie in wenigen Jahren weltweit das Symbolbauwerk für unsere Stadt sein wird,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ist es jetzt schon!)

so wie es die neue Oper für Sidney geworden ist. Und wir sind uns sicherlich auch alle einig, dass in der Geschichte Hamburgs noch kein Bauprojekt so sehr alle Grenzen der Geduld und alle finanziellen Rahmenbedingungen strapaziert hat.

(Tim Golke DIE LINKE: Doch, dieses Rathaus!)

Diese Diskrepanz prägte unser schwieriges Verhältnis zum Projekt Elbphilharmonie von Anfang an. Von der ersten öffentlichen Diskussion in Sachen Konzerthalle in der Hafencity im Jahre 2002 über den Beschluss der Bürgerschaft für den Bau 2007 und die vielen, angeblich immer letzten Nachträge bis zur Eckpunktevereinbarung aus dem letzten Juli reicht diese unendliche Geschichte der Disharmonie. Und jetzt also die Neuordnungsvereinbarung mit HOCHTIEF – erneut ein Versuch, das ins Schlingern geratene Projekt wieder in ruhiges Fahrwasser zu bringen, und damit ein Tag, den mancher als historisch empfinden wird.

Die Fakten: HOCHTIEF soll zusätzlich 195 Millionen Euro gegenüber dem Nachtrag 4 bekommen, und dafür soll die Elbphilharmonie mit einer Bauzeitverlängerung von 59 Monaten und einer neuen vertraglichen Konstruktion nun endlich fertig gebaut werden. Anfangs hatte der Senat einmal 50 Millionen Euro in seine Investitionsplanung eingestellt, und heute beraten wir über einen Kostenrahmen von 789 Millionen Euro; das ist fast das Sechzehnfache. Ursprünglich war es ein rein privat finanziertes Projekt, und nun ist es die Stadt, die finanziell geradestehen muss. Soviel privates Engagement wie möglich und so wenig staatliche Bewirtschaftung wie nötig hieß das urliberale Credo im November 2004 im Hinblick auf die Elbphilharmonie. Zu spüren ist davon kaum noch etwas. Historisch kann man deshalb wohl auch die gigantische Kostenexplosion nennen, deren Übernahme der Senat heute von der Bürgerschaft beschlossen haben möchte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn eines klarstellen: Die FDP in Hamburg hat das Projekt Elbphilharmonie immer unterstützt, befürwortet und sich öffentlich dazu bekannt.

(Beifall bei der FDP)

Die Elbphilharmonie ist schon jetzt eine Attraktion, und sie wird zum Wahrzeichen der Stadt werden. Seit 2010 haben allein 67 000 Besucher die öffentlichen Baustellenführungen wahrgenommen, und in über 100 Elbphilharmonie-Konzerten stimmen sich die Hamburger und Gäste schon auf das Haus ein.

Wir haben allerdings erhebliche Zweifel, ob der Weg dahin, den der Senat mit der vorliegenden Neuordnungsvereinbarung einschlagen will, der richtige ist. Wir haben Zweifel, ob die hohen Nachforderungen, die nun wieder auf den Steuerzahler zukommen, wirklich gerechtfertigt sind. Und wir haben Zweifel, ob die Vertragskonstruktion wirklich geeignet ist, das doch arg zerrüttete Verhältnis zwischen den Vertragspartnern so zu regeln, dass es nicht wieder zu Streit und weiteren Nachforderungen sowie Bauverzögerungen kommen wird.

(Beifall bei der FDP)

(Katja Suding)

Wir hatten vor allem durch den viel zu engen parlamentarischen Beratungsverlauf nicht ausreichend Zeit, um uns davon zu überzeugen, dass all das mit einer größtmöglichen Wahrscheinlichkeit eben nicht mehr passieren wird. Die FDP-Fraktion wird den Verträgen daher heute nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich im Einzelnen auf die Beweggründe meiner Fraktion eingehen. Seit Beginn seiner Amtszeit hat der Erste Bürgermeister immer wieder mit der Kündigung der Verträge gegenüber HOCHTIEF gedroht. Im Sommerinterview mit "NDR 90,3" im letzten Juni sagte Olaf Scholz:

"Am besten ist es, HOCHTIEF baut fertig. Am zweitbesten ist es, wir organisieren das selbst."

Auch vor dieser Alternative müsse sich die Stadt, wie er sagte, nicht fürchten; das Know-how dafür sei in der Stadt vorhanden.

(*Dietrich Wersich CDU: Heiße Luft!*)

Heute, vor allem nach der Anhörung der Gutachter am 31. Mai im Haushaltsausschuss, ist allerdings klar, dass die Drohkulisse Kündigung nie wirklich belastbar war.

(Beifall bei der FDP und bei *Andreas C. Wankum CDU*)

Das heißt, dass der Bürgermeister extrem hoch gepokert hat, und das gleich auf verschiedenen Feldern:

Ein Stresstest – Fehlanzeige. Die Gutachten, die sich mit der juristischen Belastbarkeit der Kündigungsgründe befassten, waren offenkundig wenig aussagekräftig. Kein Kündigungsgrund wurde einem Stresstest unterzogen, der die materiellen Auswirkungen untersucht hätte.

Nachvollziehbare Kostenermittlungen – Fehlanzeige. Seit 2010 wurde regelmäßig eine Kündigung in Erwägung gezogen. Dennoch lag bis zum Stichtag 14. Dezember 2012 weder ein konkreter Mittelbedarf für das Projektmanagement noch für die Gesamtkosten vor.

Personalbedarfsberechnung – ebenfalls Fehlanzeige. Obwohl die ReGe einen personellen Mehrbedarf von zehneinhalb Mitarbeitern bei einer Kündigung angibt, ist sie nicht in der Lage, die zugrundeliegenden Berechnungen vorzulegen.

Dazu kommen enorme Risiken im Falle einer Kündigung des Vertrags mit HOCHTIEF, unklare Schadenersatzforderungen sowie ungelöste Probleme bei der Qualitätssicherung und der Haftungsübernahme bei einer Einzelvergabe durch die Stadt. Die Stadt wäre vollkommen unvorbereitet in diese Situation gerutscht, und das Ausmaß der Folgen lässt sich nur erahnen.

Man muss also sagen, dass das immer wieder als Drohkulisse aufgebaute Kündigungsszenario grundsätzlich und zu keinem Zeitpunkt zu Ende gedacht war. Bestätigt wurde das beispielsweise von Herrn Professor Diederichs, der sagte:

"...[D]as Kündigungsszenario kommt nicht in Betracht, es ist wirklich schlicht als gegenstandslos zu bezeichnen."

Damit gibt es nur zwei Szenarien. Beim ersten ging der Bürgermeister davon aus, dass die Kündigung gut vorbereitet war und die Risiken kalkulierbar waren. Damit lag er allerdings grundfalsch. Seine Verhandlungsstrategie wäre dann auf Sand gebaut gewesen; eine Harakiri-Taktik.

(Beifall bei der FDP)

Oder, zweites Szenario, der Bürgermeister wusste, dass das Kündigungsszenario nicht belastbar war. Dann hat er die Öffentlichkeit getäuscht, und die Verhandlungen mit HOCHTIEF erscheinen in einem völlig anderen Licht. Wenn nämlich HOCHTIEF von der De-facto-Unmöglichkeit einer Kündigung wusste, dann ist klar, dass HOCHTIEF der Stadt die Vertragsbedingungen, insbesondere beim Preis und bei den vielen Schlupflöchern, diktieren konnte.

Meine Damen und Herren! Wie auch immer das gewesen sein mag, auf den ersten Blick sieht die Neuordnungsvereinbarung nicht schlecht aus. Zahlreiche Probleme der vorherigen Verträge scheinen gelöst, und ich sage ganz bewusst, sie scheinen gelöst, denn ganz genau können wir das heute nicht beurteilen. Sachverständige im Haushaltsausschuss wie etwa Professor Diederichs haben das Vertragswerk als recht gelungen bezeichnet, besonders in folgenden Punkten: der Auflösung des Dreiecksverhältnisses, der Garantieübernahmen von HOCHTIEF und den pönalisierten Vertragsend- und -zwischensterminen. Herr Professor Leupertz sagte uns dazu, dass diese drei Risikobereiche weitgehend, aber nicht vollständig behoben seien.

Als Durchbruch und wegweisende Lösung aller Konflikte wurden uns und der Öffentlichkeit allerdings auch immer wieder die früheren Nachträge verkauft. Auch damals herrschte Begeisterung auf Senatsseite, egal welcher Couleur. Laut "Frankfurter Rundschau" bereitete Kultursenatorin Karin von Welck den Hamburgern mit dem Nachtrag 4 ein Weihnachtsgeschenk und eine solide Entscheidungsgrundlage, die alle Unklarheiten beseitigen würde. Was daraus geworden ist, haben wir seitdem schmerzhaft erfahren. Auch damals wiesen die Vertragskonstruktionen, genauso wie es heute der Fall ist, kleine Einschränkungen auf, und diese wurden von HOCHTIEF genutzt, um immer wieder mehr Geld, und zwar viel mehr Geld, zu fordern. Und genau diese kleinen Einschränkungen von damals haben dazu geführt, dass wir heute einen

(Katja Suding)

weiteren Nachtrag beschließen sollen. Diese kleinen Einschränkungen haben außerdem dazu geführt, dass HOCHTIEF jetzt weitere 195 Millionen Euro haben will. Und sie haben dazu geführt, dass die Fertigstellung der Elbphilharmonie um weitere 59 Monate nach hinten verschoben werden muss. Aus der Anhörung der Sachverständigen hat sich für uns klar ergeben, dass die vorliegende Neuordnungsvereinbarung nicht wasserdicht ist. Deswegen haben wir erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Wenn wir eines schmerzlich aus der Vergangenheit gelernt haben, dann doch die Tatsache, dass wir ausreichend Zeit brauchen, um möglichst alle Risiken identifizieren, bewerten und benennen zu können – Zeit, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Sie uns dabei leider nicht eingeräumt haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Vor sechs Monaten wurden die Eckpunkte der Neuordnungsvereinbarung präsentiert. Die Senatsdrucksache haben wir seit nicht einmal zwei Monaten in den Händen, fast zwei Monate später als ursprünglich geplant. Das Aktenvorlageersuchen wurde von der Bürgerschaft am 23. Januar beantragt, erste Akten hat der Senat jedoch erstmals fast drei Monate später geliefert, am 15. April. Vollständig liegen die Akten erst seit dem 7. Mai vor. Die Abgeordneten hatten also gerade einmal 44 Tage inklusive Wochenenden und Feiertagen, also 30 Arbeitstage Zeit, um die insgesamt 178 Aktenordner zu sichten. Das macht, ich habe es einmal ausgerechnet, ein Pensum von 6 Aktenordnern pro Arbeitstag. Für alle von uns ist das sicherlich nur schwer zu stemmen.

(*Gabi Dobusch SPD*: Das ist ein Argument!)

Erschwert wurden die Arbeitsbedingungen durch die scharfen Geheimhaltungsaufgaben, die Verschwiegenheitsklauseln und die Einschränkung, nur kurze Mitschriften anfertigen zu dürfen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Bürgermeister! Alle Oppositionsfractionen haben diesen engen Zeitplan von Beginn an massiv kritisiert und Sie aufgefordert, dem Parlament seine Kontrollfunktion zu ermöglichen. Stattdessen aber wurden die Rechte des Parlaments sehenden Auges erheblich eingeschränkt. Der Zeitplan für die Parlamentsentscheidung ist immer und immer wieder vom Bürgermeister nach hinten verschoben worden. Das Enddatum, der 30. Juni, aber blieb, und das vollkommen willkürlich, wie die Aussagen im Haushaltsausschuss am letzten Freitag gezeigt haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU* und *Jens Kerstan GRÜNE*)

Herr Scholz, die Wahrheit ist, dass es Ihnen völlig egal ist, ob das Parlament sich eine fundierte Haltung bilden konnte oder nicht. Sie haben sich allein auf Ihre kritiklose Regierungsfraction SPD verlassen, und an diesem Eindruck kann auch der heute vorgelegte Alibi-Zusatzantrag nichts ändern, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Dass das Gerede des Ersten Bürgermeisters von der Transparenz nicht ernst gemeint war – und das ärgert mich wirklich –, belegt die Senatsanhörung vom vergangenen Freitag. Die FDP-Fraction und wohl auch alle Oppositionsfractionen hätten erwartet, dass der Erste Bürgermeister sich unseren Fragen stellt,

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

und zwar nicht hinter verschlossenen Türen bei informellen Gesprächen mit den einzelnen Fraktionen, sondern ganz öffentlich im Ausschuss. Herr Dressel, das haben wir und meine Kollegen von den anderen Fraktionen Ihnen und dem Bürgermeister schon damals in den Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden gesagt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Trotz des engen Zeitrahmens konnten während der Beratungen Regelungslücken im Vertragswerk und damit potenzielle Einfallstore für Mehrkostenforderungen von HOCHTIEF identifiziert werden, und einige der Risiken möchte ich an dieser Stelle nennen.

Erstens liegt nach wie vor die Ausführungsplanung nicht vollständig vor. Insbesondere die technische Gebäudeausrüstung, die bei vielen Bauprojekten sehr hohe Mehrkosten verursacht, weist noch erhebliche Lücken auf. Sie ist in Teilen nicht einmal zu 50 Prozent fertiggestellt. In Verbindung mit der kostenpflichtigen Änderungsanordnung, die der Vertrag ausdrücklich vorsieht und zulässt, ist das allerdings hoch problematisch, denn HOCHTIEF wird ein Interesse daran haben, durch Planungen, die die Qualitätsstandards gerade so eben streifen, Kosten zu sparen. Die Stadt aber will die gewünschte Qualität sicherstellen, und das kann zu weiteren Kostensteigerungen führen, die der Vertrag eindeutig zulässt. Das ist wieder ein hohes Risiko für die Stadt.

Zweitens ist die im Grunde sinnvolle Regelung mit den Sachverständigen gerade bei der Akustik, dem Kernstück eines Konzerthauses von Welt, durchbrochen worden. Dabei soll die Elbphilharmonie doch eine unter den zehn weltbesten Philharmonien werden, und die Akustik in den Sälen ist natürlich von besonderer Bedeutung. Doch hier bestehen Unsicherheiten, und das sieht auch

(Katja Suding)

der Sachverständige Professor Johrendt so – ich zitiere –:

"Sie haben damit einen Konzertsaal so, wie er eben ist. Sie haben keine Garantie, dass er zu den zehn besten gehört."

Herr Diederichs hält die Zeit von nur vier Monaten zur raumakustischen Einstellung des Konzertsaals für zu knapp bemessen – noch ein Risiko.

Drittens erfolgt die Vergütung der Sachverständigen nicht, wie bei Gerichtsgutachtern üblich, hälftig von beiden Parteien, sondern einseitig von HOCHTIEF. Herr Diederichs sagte dazu in der Anhörung:

"Wenn du einen wirklich unabhängigen und neutralen und objektiven Sachverständigen haben willst, dann bezahle ihn von beiden Parteien, damit er vom Status her nicht die Rolle eines Parteigutachters hat, sondern eines Gerichtsgutachters."

Die Expertenanhörungen haben diese Risiken also bestätigt. Den Experten ist es in nur zwei Wochen – oder, wie es Herr Professor Diederichs so schön ausgedrückt hat, im Husch-husch-Verfahren – gelungen, Risiken zu entdecken, die der Senat ignoriert, wider besseres Wissen und auf die Gefahr hin, dass weitere Mehrkosten und Bauverzögerungen auf die Stadt zukommen. Ich mag mir nicht ausmalen, welche Einfallstore in diesem Nachtrag die unzähligen Juristen von HOCHTIEF bereits entdeckt haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion bringt heute einen Zusatzantrag ein, der die identifizierten Schwachstellen und Lücken beseitigen und das Risiko weiter reduzieren soll. Wir wollen, um nur ein paar Punkte zu nennen, die Sachverständigen zu echten und vor allem unabhängigen Sachverständigen machen, die von beiden Seiten bestellt und bezahlt werden. Wir wollen ein Adjukatorenteam, bestehend aus einem Juristen und einem Gutachter, einrichten, und wir wollen die vorhandenen Ausnahmen für Nagata Acoustics zurücknehmen.

Der zentrale Punkt der Vereinbarung ist aber der sogenannte Globalpauschalfestpreis von 195 Millionen Euro, deren Zusammensetzung für uns Parlamentarier immer noch eine Blackbox ist. Kein Experte und auch kein Vertreter des Senats waren in der Lage oder willens, uns zu erläutern, wie diese Riesensumme zustande gekommen ist. Herr Dressel, Sie waren offensichtlich in einem anderen Ausschuss als ich, denn auch die Akten geben keinen Aufschluss darüber, und nicht einmal die Mitglieder des Aufsichtsrats der Bau KG konnten erklären, woher diese Summe kommt. Herr Leutner sagte:

"Ich kann das nicht."

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist richtig; der konnte es wirklich nicht!)

Und Herr Lindenberg:

"Das ist keine Summe, die errechnet worden ist, zumindest nicht auf unserer Seite."

Herr Bürgermeister, diese Intransparenz ist für ein Parlament als Haushaltsgesetzgeber schlicht und einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Wir haben ein Recht zu erfahren, wie sich dieser Betrag zusammensetzt, sonst kann und will die FDP-Fraktion dieser Neuordnung nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Aber in dem Wissen, dass es abseits dieser großen Risiken den breiten Wunsch in der Stadt gibt, das Projekt Elbphilharmonie endlich Richtung Fertigstellung zu führen, wollen wir uns Ihrem Versuch der Beendigung nicht verweigern. Die FDP-Fraktion wird sich in der Abstimmung über dieses Regelwerk enthalten, und wir wünschen Ihnen, Herr Bürgermeister, eine glücklichere Hand

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das interessiert den nicht!)

als bisher im Management dieses wahrhaft historischen Projekts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Elbphilharmonie in Hamburg ist bundesweit der Inbegriff von Größenwahn und politischer Dummheit geworden,

(Beifall bei der LINKEN)

und das völlig zu Recht. Das Ganze begann damit, dass sich eine Kaste von Leuten überlegt hat, einen elitären Tempel bauen zu wollen.

(*Gabi Dobusch SPD*: Kaste? Woher kommt denn der Begriff? – *Hans-Detlef Roock CDU*: Das ist ja nur schwer zu ertragen!)

Es war der Beschluss von Medienvertretern und Politikern, einen tollen Tempel zu bauen, in den nicht viele Leute hineinpassen und wo auch nicht viele hinkommen würden. In Hamburg wurde das deswegen ertragen – und das wurde mehrfach diskutiert –, weil das Ganze nicht so unendlich teuer war, so war doch die Situation. Herr Ole von Beust hat während der Alleinregierung der CDU mehrfach gesagt, dass man keinen höheren Preis durchbekommen hätte; die Stimmung wäre dagegen gewesen.

(Norbert Hackbusch)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Das war damals die Begründung. Und jetzt wird die Stadt in den letzten Jahren ausgenommen wie eine Weihnachtsgans.

Die Zukunft sieht auch nicht gut aus. Wir haben keine Expertin gefunden, die sagen könnte, wie man ein so hohes Kulturniveau, das beschrieben worden ist, erreichen kann bei einem Eintrittspreis, den sich möglichst viele Leute leisten können, ohne kräftige Zuschüsse organisieren zu müssen. Auch das ist keine gute Zukunftsmusik, und dementsprechend ist die Elbphilharmonie völlig zu Recht ein Wahrzeichen für Größenwahnsinn, politische Unfähigkeit und Opportunismus geworden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der einstimmige Beschluss hier in der Bürgerschaft – einstimmig ohne Opposition – ist ein Armutszeugnis gewesen. Ein Parlament muss sich kritisch anschauen, was geschieht, was für Verträge gemacht werden und wie der Weg vorbereitet wird. Auch die Opposition hat strukturell versagt.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt gibt es ja Sie, Herr Hackbusch!)

– Jetzt gibt es uns.

Ich will Ihnen anhand von Zahlen sagen, was passiert ist, damit man auch genau weiß, was eigentlich die Situation ist. Im Jahre 2005 wurde mit der Machbarkeitsstudie dargestellt, wie viel uns diese große Elbphilharmonie kostet. Das war eine genaue Analyse dessen, was man bauen könnte, und man kam auf 77 Millionen Euro. Dafür sollte man die gesamte Elbphilharmonie bekommen mit der Begründung – und das ist nicht völlig unlogisch gewesen –, dass wir durch das Hotel und die Eigentumswohnungen, die wir zusätzlich bauen, viel Geld einnehmen würden. Deswegen sei es nicht notwendig, viel Geld für die Philharmonie auszugeben. Es gab 2006 den großen, einstimmigen Beschluss in der Bürgerschaft, und es hat eine heftige Debatte gegeben, wieso es solch eine kräftige Preissteigerung gebe. Dann kamen wir auf 143 Millionen Euro; diesen Beschluss hatte ich schon gewürdigt. Im Jahr 2008, als uns versprochen wurde, dass der neue Vertrag in bester Ordnung sei, kamen wir auf 366 Millionen Euro, und am heutigen Tag verlangt der SPD-Senat von uns, 660 Millionen Euro zu akzeptieren. 660 Millionen Euro, das ist fast eine Verzehnfachung, und alle kritischen Fragen sind notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Hauptproblem für uns ist natürlich das Geld. Und ich möchte die SPD, weil sie eben so kräftig aufgetreten ist und gesagt hat, was man machen könnte, daran erinnern, wie wir im Jahr 2008 gemeinsam argumentiert und gewettert haben – viele werden sich noch daran erinnern können –, dass

es nicht angehen könne, dass es eine Einigungssumme von 30 Millionen Euro gäbe und wir nicht wüssten, wofür das Geld eigentlich ausgegeben werde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, dazu stehen wir auch heute noch!)

Frau von Welck hat nur gesagt, dass das für den tollen neuen Vertrag sei. Wir haben gemeinsam gesagt, dass man nicht einfach 30 Millionen Euro als Einigungssumme bezahlt, und haben zweitens festgestellt, dass die 107 Millionen Euro, die wir zusätzlich geben, dem Grunde und der Höhe nach nicht richtig geprüft worden sind. Das war damals unsere gemeinsame Kritik. Heute will der Senat von uns 195 Millionen Euro und kann diese nur mit der Einigungssumme für einen neuen Vertrag begründen. Das ist genau die gleiche Begründung, die damals Frau von Welck genannt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein, das stimmt nicht, das ist falsch!)

Damals haben wir gemeinsam gemeckert, und heute erwarte ich von Ihnen auch eine kritische Haltung dazu.

(Beifall bei der LINKEN und bei Karin Prien CDU)

Sie könnten sagen, dass es Ihnen leid tue und dass das ärgerlich sei, es gehe nicht anders, weil Sie von HOCHTIEF irgendwie erpresst würden – so ist nämlich die Situation. Aber nein, Sie tun so, als sei das Ganze von damals vergessen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nichts haben wir vergessen!)

und verspielen Ihre politische Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Wie kann man als Opposition so etwas sagen und in der Regierung alles Kritische aus dem Kopf streichen. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will versuchen, die Sache mit den Verträgen noch einmal anzusehen, weil das einer der wichtigen Punkte ist, und die Sache mit dem Gutachter, der von der LINKEN bestimmt worden sei und wie es sein könne, dass er für diesen Vertragsentwurf plädiert hat und wir nicht.

Wir haben verlangt, dass einer der wichtigen Schritte, die wir auch aufgrund der Schlussfolgerungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gehen müssen, unabhängige Gutachten sind, sodass wir als Bürgerschaft in der Lage sind, auch von unabhängigen Leuten Stellungnahmen zu bekommen. Das verbessert den gesamten Prozess. Der Senat allein wird nicht in der Lage sein, das vernünftig zu machen. Dementsprechend haben wir diesen Antrag gestellt und uns eine unabhängige Person in diesem Land gesucht, die in der

(Norbert Hackbusch)

Lage ist, so etwas zu machen. Dabei ging es mir nicht darum, ob die Person meine Meinung vertritt oder Ähnliches. Wie Sie in Schwarz-Weiß-Kategorien zu denken ist uns fremd.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist Ihnen vielleicht nicht klar, dass Opposition ein bisschen komplizierter ist, als Sie sich das denken, und dass es nicht reicht, in hohen Tönen herumzuquietschen und zu sagen, dass das alles nicht gehe. Wir haben durchaus konstruktive Vorschläge.

(*Jan Quast SPD*: Sie ziehen nur keine Schlüsse daraus!)

Es fällt Ihnen irgendwie schwer, das zu verstehen.

Eines der wichtigen Ergebnisse ist, Frau Suding hat das gut dargestellt, dass schon diese Gutachter vor 14 Tagen einiges an Vorschlägen gebracht haben. Selbst dafür lohnt es sich schon.

Mir ist es sehr wichtig, dass wir nach den 195 Millionen Euro nicht noch einmal 100 Millionen Euro ausgeben. Ich könnte als Opposition schimpfen, aber das nützt mir gar nichts, denn es ist das Geld, das uns in dieser Stadt fehlt. Ich will daran arbeiten, dass nicht ein Nachtrag 6 mit weiteren Forderungen kommt, und zwar konstruktiv.

(Beifall bei der LINKEN – *Matthias Albrecht SPD*: Das ist gut!)

Das ist das eine Moment.

Wenn Sie sich noch einmal genau anschauen, was gemacht worden ist, dann haben wir doch folgende Erfahrungen: Alle theoretischen Spezialisten haben gesagt, dass dieser Vertrag toll ist und dass das etwas wird. Die praktischen Spezialisten hingegen haben einvernehmlich gesagt – und deswegen gab es auch den Beschluss im Aufsichtsrat der ReGe –, dass die Erfahrung mit HOCHTIEF sei, dass das nichts werde. Man hätte das böse erfahren und habe lange versucht, in irgendeiner Form mit HOCHTIEF gemeinsam zu bauen, aber das werde nichts. Auch die Theoretiker haben gesagt, dass es nur dann geht, wenn man diesen Vertrag auch gemeinsam lebt. Derjenige, der sich außerhalb des Vertrags stellt, wird es bei jeder Vertragskonstruktion wieder machen können. Das bestimmt unsere Skepsis, die wir gegenwärtig haben, dass die Praktiker sagen, dass das nicht funktionieren wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt doch so auch nicht!)

Wir haben HOCHTIEF gemeinsam beauftragt, für 77 Millionen – oder sagen wir 143 Millionen, den Stand von 2006 – diese Elbphilharmonie zu bauen, und HOCHTIEF hat zugesagt. Und ich will auch einmal die Frau Senatorin und die gesamte Kulturbehörde in Schutz nehmen, denn seit 2006 gab es nicht die kleinste Nachforderung von der Kulturbehörde

im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie. Seitdem steht das Paket, wie wir es bestellt haben, fest. HOCHTIEF hatte uns gesagt, dass es für 143 Millionen gehe, und jetzt wollen sie 660 Millionen. Meine Damen und Herren, da muss doch die Empörung hier im Saal quietschen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wir hören zurzeit beruhigende Worte wie Globalpauschalfestpreis und die schöne Formulierung, dass die Summe so bleiben werde, wenn die Stadt nicht mehr eingreife und dass das Ganze wegen der Verkantung zwischen den Personen so schwierig geworden sei. Jetzt ist Herr Leutner derjenige, über den das gesagt wird. Die Zitate, die ich eben genannt habe, waren Zitate von 2008. Es waren die gleichen Formulierungen, die damals Frau von Welck benutzt hat, um zu sagen, dass man so den Nachtrag 4 durchsetzen könne. Sie benutzen das auch im Moment. Es gibt kein Vertrauen gegenüber HOCHTIEF, das uns in irgendeiner Form dazu führen könnte zu glauben, das wäre der richtige Weg. Deswegen werden wir das ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute nicht über irgendein Gebäude, wir reden über ein Haus, das Hamburgs Stadtbild verändert, nicht nur wegen seines prominenten Standorts. Wir reden über einen Konzertsaal, der ein architektonisches und städtebauliches Signal setzt, über einen Ort der Kultur, der Hamburg viel mehr als steigende Besucherzahlen bescheren wird, so wichtig die auch sind. Wir reden über einen Ort, der den oft zitierten Genius Loci eben nicht bloß zitiert, sondern sprechen lässt. Das wird so sein, da brauche ich kein Vielleicht und auch keinen Konditional. Hier haben Architekten, deren Renommee durchaus unbestritten ist, eine beeindruckende Architektur umgesetzt.

Ich gebe Herrn de Meuron recht, wenn er sagt, die Elbphilharmonie wird städtebaulich von großer Bedeutung sein. Die Elbphilharmonie verbindet unsere Hafenstadt mit der Bürgerstadt. An einem der maritimsten Orte, die Hamburg überhaupt zu bieten hat, an der westlichen Spitze der HafenCity, greift sie die Backsteinarchitektur des alten Kaispeichers A auf und toppt sie mit einer schon jetzt weltweit bekannten und bewunderten Glasfassade und der geschwungenen Dachkonstruktion. Sie bezieht sich auf die umgebende alte und neue Architektur, aber marginalisiert sie nicht. Wenn die Stiftung Elbphilharmonie Hamburg sagt, Alt und Neu werden zu einer aufregenden Synthese, dann

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

muss das nicht jeder glauben. Ich antworte im Ausland aber auf interessierte Nachfragen: Wer sich das genau ansehen will, soll vorbeikommen und hinschauen, übrigens am besten schon jetzt, wo man in den Innenräumen die noch nicht verkleideten Teile sehen kann. Man sieht, dass das schon jetzt viele Menschen aus der ganzen Welt tun.

Sie sehen ein Gebäude, das einmal 26 Geschosse haben wird, das 110 Meter hoch sein wird, eine Bruttogeschosfläche von immerhin 120 000 Quadratmetern haben wird und drei Konzertsäle, von denen der größte 2150 Plätze hat. Es gibt das Hotel, die öffentliche Plaza auf 37 Metern Höhe. Sie alle kennen diese Zahlen.

Aber es wird auch etwas anderes deutlich werden, wenn jedes Jahr mehr als 400 000 Besucher bei 400 Konzerten Kunst in grandioser Atmosphäre erleben. Und weil es so oft auch andersherum diskutiert wird, will ich ausdrücklich sagen: Es wird auch ein demokratisches Gebäude, ein Gebäude für alle Hamburgerinnen und Hamburger und ihre Besucher. Was heißt das? Das heißt, dass es von vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und von vielen ihrer Besucherinnen und Besucher besucht und genutzt wird. Das ist kein elitäres Projekt, dafür wäre es viel zu groß. Ein so großes, elitäres Publikum gibt es weder in Hamburg noch weit darüber hinaus.

(Beifall bei der SPD)

In Argentinien hat kürzlich die Hamburger Delegation das Teatro Colón in Buenos Aires besucht. Das wurde von 1889 bis 1908 erbaut und am 25. Mai desselben Jahres mit der Oper Aida von Verdi eröffnet. Es gehört zu den berühmtesten Opernhäusern der Welt, nicht nur, weil großartige Künstler wie die Callas oder Bernstein hier regelmäßig zu Gast waren. Das Teatro Colón war zur Zeit seiner Entstehung ein Haus des Bürgerstolzes. Dort wurden Säle für Begegnungen geschaffen; ein Saal war beispielsweise Versailles nachempfunden. Das war zu der Zeit ein Gebäude für die Oberschicht.

Ganz anders ist es hier. Auch die Elbphilharmonie hat eine öffentliche Plaza, einen Platz für Begegnungen, aber groß und offen für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Hier treffen sich die Bürger einer demokratischen Stadt und nicht nur einige wenige. In der Architektur spiegelt sich das auch wider.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich will zu der Entscheidung kommen, die wir heute zu treffen haben. Ich sage ausdrücklich, dass das eine schwierige Entscheidung ist. Es ist völlig in Ordnung, dass sich jeder Einzelne und jede Einzelne, die ganze Bürgerschaft, diese Entscheidung sehr schwer macht

und sorgfältig überlegt, was nun richtig und was falsch ist.

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

Aber es gibt doch etwas ganz Besonderes. Die Bürgerschaft hat sich gemeinsam eine große Zahl von Sachverständigen ausgesucht, die die Verträge und das, was hier geschehen ist, bewertet haben. Und es ist etwas geschehen, was in meiner nun auch schon nicht kurzen Erfahrung mit Parlamenten im Deutschen Bundestag und in der Hamburgischen Bürgerschaft eigentlich noch nie aufgetreten ist, nämlich dass die unter Mitwirkung aller Parteien ausgesuchten Sachverständigen das gleiche Urteil fällen: Diese Verträge sind gut ausgehandelt, und wir raten dringend, diesen Verträgen zuzustimmen. Wo haben Sie das erlebt, dass es ein einhelliges Urteil aller Sachverständigen in diesen Ausschüssen gibt? Keine Rede in unserer Bürgerschaft kann über diesen Fakt hinwegtäuschen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Politische Führung, übrigens auch von Oppositionsparteien, bedeutet, dass man sich mit neuen Gegebenheiten schnell auseinandersetzt.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, vielen Dank für die Information!)

In diesem Fall wäre es eine gute Gelegenheit gewesen, sich zu überlegen, ob man wirklich glaubt, gegenüber einer mit diesem Thema so vertrauten und so sorgfältig verfolgenden Öffentlichkeit mit irgendwelchen fadenscheinigen Argumenten kommen zu können. Denn so viele, die nicht Teil des parteipolitischen Streits sind, sagen, das sei eine richtige Lösung. Deshalb auch an dieser Stelle noch einmal mein Wunsch: Stimmen Sie zu, auch die Abgeordneten der Oppositionsparteien.

(Beifall bei der SPD)

Professor Diederichs, der schon zitiert worden ist, hat gesagt, dass wir für dieses Projekt für den Rest der Bauzeit eine höchstmögliche Sicherheit erhielten. Das kann man noch durch viele, viele weitere Zitate ergänzen. Ich will das nicht, weil sie alle bekannt sind. Aber es ist etwas, mit dem man sich auseinandersetzen muss und über das man nicht einfach hinweggehen kann.

(Jörg Hamann CDU: Dann erklären Sie doch mal den Preis!)

Darum will ich ausdrücklich sagen, was aus meiner Sicht von uns gewonnen wurde. Wir haben in dieser Situation einen Globalfestpreis ausgehandelt. Den kennen alle, er ist Ihnen erläutert worden in den Ausschüssen als etwas, das sich juristisch vollständig unterscheidet von den rhetorischen Worten der Vergangenheit. Und es ist keine gute Idee – nachdem man nachgefragt hat und von mehreren Juristen erläutert bekommen hat, dass es sich hier um eine juristische Differenz handelt –,

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

trotzdem so zu tun, als hätte man das nie gehört. Was soll die Öffentlichkeit zu einem solchen Prozess sagen?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Neuordnung, die lange angestrebt und von vielen diskutiert wurde. Und wir haben diese Neuordnung zustande gebracht unter Bedingungen, die exakt dem entsprechen, was wir uns selbst wünschen. Nämlich, dass die Qualitätsansprüche gesichert werden durch Sachverständige, durch das HDM-Label, durch die Notwendigkeit, dass Yasuhisa Toyota die Akustik prüft und vieles Weitere, dass gleichzeitig aber niemals eine Entscheidung der Stadt notwendig ist, was nun getan werden muss oder nicht, weil das durch die Verträge, die langen Anlagen und diese Sachverständigen festgelegt ist. Das ist eine Qualität, die von den Sachverständigen gelobt wurde. Wenn jetzt in einer mäandernden Argumentation, nachdem erst das eine und später das andere gesagt wurde, behauptet wird, das sei ein Nachteil, dann hat man eigentlich nicht zugehört und etwas nicht verstanden.

Wenn wir verhindern wollen, dass es die Claims der Vergangenheit wieder gibt, wenn wir Nachträge verhindern wollen, die auf diesen Claims beruhen, dann muss es eine eindeutige Klarstellung geben, die hier das allererste Mal bei diesem Projekt erreicht wurde. Niemals kann jemand sagen, wenn die Stadt dieses oder jenes nicht mache oder sage, dann könne man nicht weiterbauen oder wolle mehr Geld. Das ist ausgeschlossen, und die Nachteile sind durch gute Vertragskonstruktionen abgesichert. Das ist die eigentliche Leistung, die muss man loben und nicht kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens gehört auch dazu, dass wir eine Haftungs- und Garantieübernahme bekommen haben, wie wir sie sicherlich und auch kein anderer öffentlicher Bauherr in künftigen Verträgen jemals bekommen werden. Es ist nämlich an dieser Stelle zugesichert worden, dass unsere Vertragspartner die Haftung und Verantwortung übernehmen, auch für Fehler, die zum Beispiel der Generalplaner und die Architekten begangen haben, oder möglicherweise Fehler – was wir uns gar nicht vorstellen können –, die die Stadt und ihre Beauftragten gemacht haben. Auch diese sind gewissermaßen Teil der Garantie unseres Vertragspartners. Er hat – und dagegen hat er sich bis zur letzten Sekunde gestäubt – die Verantwortung für das Bauvorhaben von Anfang an übernommen auch für die Teile, die bisher von anderen verantwortet worden sind. Das gab es noch nie, das wird es auch kein zweites Mal geben. Das ist nur durch dieses schwierige Projekt und durch unsere Verhandlungsposition zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Dann zum Punkt, "das hätte man alles sofort haben können". Das ist widerlegt durch die Akten, durch die Transparenz, durch alles, was Sie wissen. Selbstverständlich hätte man das nicht bekommen können. Was man sofort immer hätte haben können, ist, einen Blankoscheck auszustellen und alles zu zahlen, was gefordert wird, ohne ein einziges Problem der Vertragskonstruktion der Vergangenheit zu lösen.

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Die Garantien, über die ich eben gesprochen habe und die der Kern des Lobs der Gutachter und Sachverständigen sind, gab es erst in den letzten zwei Wochen. Die hätte es nicht drei Monate vorher, nicht sechs Monate vorher und auch nicht zwölf Monate vorher geben können. Und deshalb sage ich auch: Hätte der Senat nicht hart und stark verhandelt,

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

hätte es dieses Ergebnis und diese Garantien nicht gegeben.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Aber wahrscheinlich braucht man dazu etwas, das nicht jedermanns Sache ist, nämlich starke Nerven; starke Nerven, die das, was Sie diskutieren und möglicherweise als ein Selbstbeschreibungsproblem erläutern, nicht begleiten, nämlich zu denken, man müsse nächste Woche oder in drei Wochen fertig sein.

(*Anja Hajduk GRÜNE*: Ja, bis Weihnachten!)

Wenn man es bis dahin nicht geschafft hat, dann gibt es ein Problem. Hätte die Stadt nicht mit aller Konsequenz auch die andere Variante der Kündigung und das Nachfolgende vorbereitet, dann hätte sie nicht diese Bedingungen bekommen, sondern wir wären bei einem viel teureren Bauvorhaben gelandet, das weit oberhalb der jetzt diskutierten Dimensionen gelegen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Trotz der hier diskutierten Schwierigkeiten, die mit einer Kündigung verbunden sind, trotz der Tatsache, dass niemand wirklich sicher sagen kann, wie es selbst trotz bester Vorbereitung 10 oder 15 Jahre später vor den Gerichten ausgehen könnte, hätten wir – wenn nicht die letzten Angebote noch gekommen wären – im Dezember des letzten Jahres gekündigt,

(*Dietrich Wersich CDU*: Also doch! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, damals!)

weil das, was man als Vereinbarung, als Vergleich abschließen kann, gut genug sein muss, um auf diese Variante zu verzichten. Deshalb sage ich: Nur wer starke Nerven hat, nur wer verhandelt, wer nicht mit der Logik des politischen Prozesses, sondern mit einer klaren Interessenvertretung der

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Stadt in dieser Sache agiert, kann ein so gutes Ergebnis erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens, wenn wir nicht diese letzten Vorschläge bekommen hätten

(Zuruf von *Roland Heintze CDU*)

und uns dafür entschieden hätten, zu kündigen und dies der Bürgerschaft im Dezember letzten Jahres vorzuschlagen, dann hätten wir gesagt, wir haben die Kündigung gut vorbereitet, und zwar auf unseren Wunsch hin. Aber wir hätten nicht sagen können, wie es dann in 10 oder 15 Jahren vor den Gerichten ausgehen könnte. Wir haben gerechnet, was es kostet, auf eigene Rechnung weiterzubauen. Übrigens sind wir da in etwa auf die Zahlen gekommen, die jetzt Gegenstand der Preiserhöhung sind.

(*Jörg Hamann CDU*: Mit Ihren starken Nerven!)

Das steht überall in Ihren Unterlagen, und das wissen Sie auch. Sie reden es nur weg, aber es steht da wirklich. Schauen Sie noch einmal hinein.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten gesagt, dass es das ist, was wir kalkulieren, aber es sein könne, dass es anders kommt und viel teurer wird. Da sind nämlich noch 50 Millionen Euro Planungskosten, die gewissermaßen anzeigen, dass in diesem Projekt noch Dinge auftreten können, die es viel teurer machen. Deshalb auch die Gegenleistung, dass unsere Vertragspartner das Risiko tragen und nicht die Stadt, wenn so etwas eintritt.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten sagen können, wir haben geplant, wann es fertig wird, aber es kann auch später werden, denn auf dieser Strecke gibt es noch viele Risiken. Deshalb ist die geschlossene Vereinbarung leicht zu verstehen. Unsere ReGe und wir haben ermittelt, was es kostet, weiterzubauen. Das ist Ihnen alles dargestellt worden. Wir wissen, was die Gegenseite für sich kalkuliert und was es sie kostet, weiterzubauen. Das steht in Ihren Unterlagen, die Sie gelesen haben.

Wir haben eine Lösung, in der steht, dass es auf diesem Niveau eine Verständigung geben wird. Dabei haben wir Kosten, die bisher die Stadt immer nebenbei getragen hat, wie beispielsweise die Architektenkosten und sonstige Dinge, auf den Vertragspartner abgewälzt. Das wird immer unterschlagen, das war früher in den Summen nicht enthalten, war aber trotzdem zu bezahlen. Diese Regelung haben wir gewissermaßen für die Gegenleistung bekommen, dass wir nicht austesten, ob wir in 15 Jahren nicht etwas davon wiederbekommen. Dafür bekommen wir aber die Sicherheit, dass, wenn es teurer wird – es ist nicht ganz un-

wahrscheinlich, dass das im Bauprozess noch einmal auftritt –, nicht die Stadt diese Risiken zu tragen hat. Zu dieser Konstruktion haben alle Gutachter gesagt, sie sei super gemacht, so etwas hätten sie noch nicht gesehen, wir sollten alle zustimmen. Und mit den Gutachtern sage ich: Bitte stimmen Sie alle zu.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich auch, was Sie machen, wenn diese Sache ganz ordentlich läuft. Streichen Sie dann Ihre Reden aus dem Protokoll der Bürgerschaft? Oder welchen Plan haben Sie dann?

(*André Trepoll CDU*: Was machen Sie, wenn es nicht klappt?)

Das ist aus meiner Sicht die Situation, die man jetzt diskutieren muss. Dass dies eine schwierige Entscheidung ist, will ich ausdrücklich sagen. Wenn man diesen Weg nicht gehen will, muss man kündigen, das betone ich auch ausdrücklich. Wir hätten auch gekündigt, wenn die Bedingungen nicht so gewesen wären, wie sie jetzt sind. Deshalb war es genau zu diesem Zeitpunkt möglich, die Vereinbarung zu schließen, das Geld der Steuerzahler so gut wie möglich zu schonen und gleichzeitig sicherzustellen, dass dieses Gebäude fertig wird.

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Es liegt an den Fehlern des Anfangs, dass es so teuer geworden ist. Und dass viele in dieser Bürgerschaft diesem Projekt zugestimmt haben, ändert nichts an der exekutiven Verantwortung derjenigen, die damals im Amt waren. Sie haben nämlich nicht das gemacht, was man machen muss, wenn man auf ein solches Projekt zumarschert: Nämlich erst einmal 50 Millionen Euro für eine ordentliche Planung auszugeben, bevor man die endgültige Entscheidung trifft. Und weil man das nicht gemacht hat, sind wir immer wieder in neue Verstrickungen geraten. Jetzt haben wir die Sache gut zu Ende gedacht und gut zu Ende verhandelt. Ich bin sicher, dass dieses Projekt im Sinne der Hamburgerinnen und Hamburger ein großartiges werden wird, und wir werden es gemeinsam bei der Eröffnung feiern.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. Vértes-Schütter hat das Wort.

Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer Steuermittel in Höhe von insgesamt 256,6 Millionen Euro zur Neuordnung des Projekts Elbphilharmonie einsetzen will, hat sich zu rechtfertigen. Die abschließende Entscheidung liegt beim Parlament in seiner Gesamtheit. Ich sage Ihnen sehr deutlich, dass weder mir noch einem anderen Mitglied meiner Fraktion die Zustimmung zur Neuord-

(Dr. Isabella Vértes-Schütter)

nung leichtgefallen ist, wie hier gern suggeriert wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle stehen für diese Entscheidung mit unserem Namen. Einen solchen Schritt geht nur, wer nach Abwägung zu dem Ergebnis kommt, dass dieser Schritt der bessere Weg ist, eine verfahrenere Situation zu lösen und weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden. Wir stehen nicht vor einer völlig offenen Entscheidungssituation. Wir haben es mit einer halb fertigen Baustelle zu tun. Wir stehen vor einer hochkomplexen Vertragssituation. Es gilt, baurechtlich überaus schwierige Fragen einer Neuordnung zuzuführen, und es gilt am Ende, eine Risikoabwägung vorzunehmen, um nach einer ganzen Reihe von Versäumnissen endlich zu einer Lösung zu gelangen, die abschließend trägt.

Heute nicht abschließend zu entscheiden oder die Neuordnung abzulehnen, ist keine kostenneutrale Option. Auch wer die Neuordnung ablehnt, hat sich zu erklären.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Die erste entscheidende Frage für uns lautet, ob die Neuordnung trägt. Die zweite entscheidende Frage lautet, ob es zu der vorliegenden Neuordnungsvereinbarung mit dem Kündigungsszenario eine tatsächlich belastbare Alternative gibt. Um diese zwei Alternativen geht es. Alles andere sind Nachhutgefechte oder politische Nebelkerzen.

(Beifall bei der SPD und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Hier lohnt sich der Blick von außen. Dieser Blick von außen, frei von politischen Schuldzuschreibungen oder dem Drang, eigene Versäumnisse relativieren zu wollen, haben uns die externen Sachverständigen gewährt. Sie haben sich ganz auf die Frage konzentriert, was jetzt zu tun ist und welcher Handlungsalternative aus juristischer Sicht und aus ökonomischer Sicht der Vorzug zu geben ist. Und die Antworten waren eindeutig, wie Sie alle wissen.

Ich will nicht alle schon angeführten Argumente, die Neuordnung betreffend, wiederholen, sondern für die Öffentlichkeit festhalten, dass auch wir von der Entschiedenheit und Einhelligkeit, mit der uns die externen Sachverständigen zur Neuordnung geraten haben, etwas überrascht waren. Das gilt auch für die zum Teil sehr deutliche Kritik am Kündigungsszenario. Mein Eindruck ist, dass wir damit wohl nicht allein standen, und das mag vielleicht erklären, wie die heutige Debatte vor allem von CDU und GRÜNEN eröffnet wurde. Eines ist doch sehr deutlich geworden: Der Senat musste als Ultima Ratio auf ein Kündigungsszenario vorbereitet sein, und er war bereit, diese Option zu ziehen. Wir müssen aber in unseren Abwägungsprozess einbeziehen, wie es um die tatsächlichen Chancen ei-

ner solchen Option bestellt ist. Diese Informationen sind uns allen in öffentlicher Sitzung vermittelt worden.

Sie erinnern alle die Diskussion zu diesem Thema in der Aktuellen Stunde. Es ging um einen angeblichen Millionenverzicht des Senats gegenüber HOCHTIEF. Einer der externen Gutachter bezeichnete die Behauptung, die Stadt hätte auf 244 Millionen Euro verzichtet, als – ich zitiere – "absolut irreal".

Die Einschätzungen hinsichtlich der möglichen Verfahrensdauer über Jahrzehnte wurden bestätigt. Die Frage aber, ob wir in der Sache tatsächlich Recht bekommen würden, ist, ohne dass wir das Vorbringen von HOCHTIEF kennen, völlig offen. Das konnte, wer wollte, sehr wohl verstehen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So ist es!)

Die Neuordnungsvereinbarung ist eine große Chance. Natürlich sind die 195 Millionen Euro Mehrkosten im Verhältnis zu ADAMANTA und HOCHTIEF sowohl in den Sachverständigenanhörungen als auch in der Senatsbefragung plausibilisiert worden.

(Beifall bei der SPD – *Anja Hajduk GRÜNE*: Das wollen Sie doch nicht ernsthaft behaupten!)

– Doch, das können Sie nachlesen.

Die Neuordnungsvereinbarung ist natürlich eine Chance, die nicht gänzlich frei von Risiken sein kann, das will hier niemand behaupten. Wir schlagen Ihnen auch vor diesem Hintergrund vor, den Senat aufzufordern, die Detailhinweise der Gutachter in die weiteren Erörterungen mit den Projektbeteiligten mit einzubeziehen und zu prüfen, ob und wie sie in den weiteren Realisierungsprozess mit einfließen können.

Für mich war das Versprechen aus unserem Regierungsprogramm, wonach wir dafür Sorge tragen werden, dass Bau und Betrieb der Elbphilharmonie die gewachsene Kulturförderung nicht beeinträchtigen werden, immer zentral. Dieses Versprechen werden wir halten.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Nur so kann das Projekt Elbphilharmonie auch wieder in den kulturpolitischen Diskurs überführt und zu einem Erfolg werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ist es jetzt noch zu früh, sich in Erinnerung zu rufen, welche Hoffnungen für die Musikstadt Hamburg mit der Elbphilharmonie verknüpft wurden. Vielleicht ist es jetzt auch noch zu früh, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir das Projekt Elbphilharmonie vom Makel des Elitären befreien und zu einem musikalischen Zentrum für alle Ham-

(Dr. Isabella Vértes-Schütter)

burgerinnen und Hamburger machen können. Aber diese Debatte werden wir, so hoffe ich, in Zukunft intensiv führen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rede des Bürgermeisters war schon deutlich besser als Ihre, Herr Dressel,

(*Sören Schumacher SPD:* Endlich mal Kopfnoten verteilen!)

aber dazu gehörte zum einen nicht viel und zum anderen hat er Ihnen in wichtigen Teilen doch deutlich widersprochen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte über vieles, über das man noch sprechen müsste und was man vielleicht an anderer Stelle auch tun sollte, reden, aber dazu reicht die Redezeit nicht mehr. Ich möchte insbesondere darüber reden, wie dieser Senat sich mit einer fast zweijährigen Konfrontationspolitik so verpokert hat, dass er in der Senatsanhörung am Freitag zugeben musste, dass beim Weiterbau HOCHTIEFs am Dach der einzig mögliche Kündigungsgrund weggefallen sei, sodass man das verhandeln musste, was Ihre Experten, die Sie so lieben, liebe Kollegen von der SPD, als Worthülse bezeichnet haben, nämlich ein Verhandlungsergebnis von über einer Viertelmilliarde Euro Mehrkosten, wenn man alle Nebenkosten dazuzählt. Und Sie nennen das Globalpauschal-Festpreis. Sie können mir glauben, ich hätte einer sinnvollen Neuordnung dieses Projekts gern zugestimmt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Aber dann war Ihre Fraktion dagegen!)

Ich stehe selbstverständlich, wie unsere gesamte Fraktion – Herr Wersich hat das ausgeführt –, weiterhin zu diesem Projekt. Es geht aber heute tatsächlich gar nicht darum, ob wir der vertraglichen Neuordnung zustimmen,

(*Hildegard Jürgens SPD:* Darum geht's ja!)

denn das, Herr Bürgermeister Scholz, haben Sie doch längst unter Umgehung des vornehmsten Rechts dieses Hauses, des Budgetrechts, getan. Hier geht es nicht mehr darum – Frau Senatorin, Sie lieben doch Zitate –, ob man Verträge mit Vertragspartnern macht, denen man trauen kann, denn dann erübrigt sich ein Vertrag. Und wenn man ihnen nicht vertrauen kann, ist ein Vertrag überflüssig. Hier geht es um – und Sie sollten sich den Vertrag einmal ansehen, sofern Sie ihn dabei haben – Paragraph 18, Gremienvorbehalte, und Pa-

ragraf 18.1, Zustimmung von Senat und Bürgerschaft.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Dort steht, dass diese Vereinbarung unter der aufschiebenden Bedingung unserer Zustimmung stehe; ich will das im Einzelnen nicht ausführen. Seit Freitag wissen wir übrigens auch, dass der Senat auf dem 30. Juni, diesem viel zu frühen Ende der Prüfungsfrist, bestanden hat und nicht die Vertragspartner.

Ich komme zurück auf das, was im Vertrag steht. Dort steht, dass die nachfolgenden Regelungen unabhängig von den vorgenannten Gremienvorbehalten vereinbart würden. Und bis zur Zustimmung oder – hören Sie genau zu – dem Ablauf der Zustimmungsfrist nach Paragraph 18.1 und 18.2 werden sich die Parteien so verhalten, als ob der Vorbehalt nicht bestünde. Sollte die Bürgerschaft diesem Vergleich nicht zustimmen, gilt zwischen den Parteien das Folgende als vereinbart: Der Auftraggeber, also die Stadt, wird dem Auftragnehmer, also HOCHTIEF, die Aufwendungen erstatten, die dieser über den bisherigen Leistungsvertrag und seine Nachträge hinaus im Vertrauen auf den Bestand dieses Nachtrags 5 ab der Auflösung seines Zustimmungsvorbehalts nach Paragraph 18.2 erbracht hat.

Weil Sie doch so sehr auf Experten setzen, Herr Scholz: Wissen Sie eigentlich, was das nach Auskunft von renommierten Rechtsexperten bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das bedeutet, dass der Vertragspartner HOCHTIEF den gesamten neu vereinbarten Werklohn, der sich seit dem fünften Nachtrag ergibt, seit dem Tage der Unterzeichnung, also dem 9. April, zum Beispiel an einen Subunternehmer hätte übertragen können oder übertragen hat, und damit für den Fall, dass Sie alle gemeinsam mit uns dem Vertrag nicht zustimmen, von der Freien und Hansestadt einen Betrag fordern könnte, der eine Viertelmilliarde Euro deutlich überschreitet.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das ist auch falsch!)

Dafür gibt es von der Bürgerschaft bisher keine genehmigten Haushaltsmittel. Hier werden das Budgetrecht der Hamburgischen Bürgerschaft, die Haushaltsordnung und die Hamburgische Verfassung mit Füßen getreten.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Einem solchen Vertrag, Bürgermeister Scholz, würden Sie, hätten Sie hier Stimmrecht, auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten sich vorher wahrscheinlich auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg besprochen, die – und da sind wir ganz über-

(Andreas C. Wankum)

parteiisch – zu Recht gegen den CDU-Ministerpräsidenten Mappus das Urteil des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg vom 6. November 2011 in Sachen EnBW-Kauf erstritten haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ein bisschen was anderes!)

– Das ist überhaupt nichts anderes, Sie wissen das natürlich.

Aus diesem Urteil geht eindeutig und alternativlos hervor – ich zitiere –:

"Das dem Parlament vorbehaltende Budgetrecht zielt als Kernelement der demokratischen Legitimierung und Gewaltenteilung darauf ab, das vollständige staatliche Finanzvolumen der letztgültigen Budgetentscheidung des Landtags [also hier der Bürgerschaft] zu unterstellen."

(Sylvia Wowretzko SPD: Aber den Vertrag haben wir ja alle schon gelesen!)

Deren Verfassung und unsere Verfassung lassen im Hinblick auf Bedingungen eines Verhandlungspartners nicht zu, dass die Landesregierung Budgetmaßnahmen, die dem Parlament vorbehalten sind, auch nur vorübergehend selbst trifft. Deswegen können wir einem Vertrag, der gegen die Hamburgische Verfassung verstößt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist Ihnen eben erst eingefallen! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja ganz neu!)

nicht zustimmen, und Sie sollten dieses auch nicht tun als Demokraten und frei gewählte Bürger dieses Parlaments.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass Sie sich das durch den Kopf gehen lassen und entsprechend abstimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sagen Ja zur Elbphilharmonie und wir sagen Nein zur Drucksache. Lieber Herr Bürgermeister, nachdem ich Ihre Rede gehört habe, muss ich sagen, dass letzte Zweifel an diesem Nein ausgeräumt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Sie wissen, dass wir im Haushaltsausschuss um Ihr Erscheinen gebeten hatten, aber Sie sind nicht erschienen. Es lag natürlich in Ihrem Ermessen, zu kommen oder nicht zu kommen. Aber eine Rede, die dermaßen wenig von Demut gekennzeichnet

ist und dermaßen wenig Selbstreflexion zugelassen hat, hat mich erschüttert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das ist bei Ihnen immer ganz anders!)

Meine Damen und Herren! Häme aus den letzten Reihen von Ihrer Seite ist an dieser Stelle nicht angemessen.

(Wolfgang Rose SPD: Das brauchen Sie nicht zu sagen!)

Wir sprechen über 200 Millionen Euro,

(Dirk Kienscherf SPD: Seien Sie nicht so oberlehrerhaft!)

und 195 Millionen Euro sollen wir an HOCHTIEF zahlen. Und es ist in keiner Weise nachgewiesen, wie sich diese 195 Millionen Euro zusammensetzen.

(Gabi Dobusch SPD: Wir sind nicht schwerhörig!)

Wenn Sie einen Nachweis akzeptieren, bei dem mehr als die Hälfte des Betrags ein Risikoaufschlag für einen Konzern ist, der an dieser Stelle aber kein Risiko trägt, dann muss ich mich über Sie wirklich sehr wundern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Ich habe mich auch über eine andere Sache sehr gewundert.

(Dirk Kienscherf SPD: Das wundert uns nicht, dass Sie sich wundern!)

Sie beziehen sich immer wieder auf die Experten, deren Agieren im Expertenverfahren von Herrn Hackbusch angeschoben wurde. Offensichtlich haben Sie sich aber in Ihrer Argumentation, Herr Bürgermeister, darauf recht wenig bezogen. Sie waren auch nicht da und konnten das insofern vielleicht nicht nachlesen. Aber das Kündigungsszenario, von dem Sie von diesem Pult aus noch einmal gesagt haben, dass Sie es tatsächlich realisiert hätten, war überhaupt keine Option – das haben die Experten eindeutig gesagt. Es wäre der totale Wahnsinn für diese Stadt gewesen, wenn wir wirklich gekündigt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sören Schumacher SPD: Aber wir haben doch den Vertrag bekommen!)

Dieser Senat hat die ReGe und den Aufsichtsrat der ReGe loslaufen lassen, in dem nicht nur der Staatsrat der Kulturbehörde und der jetzige Staatsrat der Wissenschaftsbehörde und vormals der BSU sitzen, sondern auch Senatsdirektor Coorsen. 20 Monate ist der Kurs Kündigung vorbereitet und als Szenario aufrechterhalten worden.

(Wolfgang Rose SPD: Was wollen Sie damit sagen?)

(Dr. Eva Gümbel)

Die Experten haben uns gesagt, das wäre keine Option gewesen, es hätte für die Stadt große Risiken bedeutet.

(Ekkehard Wysocki SPD: Dann stimmen Sie doch mit Ja!)

Meine Damen und Herren! Kluges und gutes Regieren besteht darin, dass verantwortungsvolle Politiker sich Handlungsräume eröffnen und nicht Sackgassen konstruieren, die sie dann als Scheinlösung dem Parlament anbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Genau das ist aber passiert. Wir haben die ganze Zeit erleben müssen, dass dieser Senat eine beispiellose Konfrontationsstrategie gefahren hat mit HOCHTIEF, wohl offensichtlich in dem Glauben, dass ein von sich selbst überzeugter Bürgermeister, der sicherlich ein herausragender Jurist ist, HOCHTIEF beeindrucken würde. Wir haben aber erlebt, dass es von Ultimatum zu Ultimatum nicht funktioniert hat. Oder haben Sie gemerkt, dass irgendein Ultimatum dieses Senats Wirkung gezeigt hat? Das hat es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP – Dirk Kienscherf SPD: Das Ergebnis zählt!)

Was passierte aber, als es auf die Nagelprobe angekommen wäre, als nämlich die ReGe, die auch hier oben sitzt, am 19. September den Senat, die Gesellschafterin, aufgefordert hat zu kündigen?

(Dirk Kienscherf SPD: Nicht im Dezember 2012, sondern im September 2010 oder so!)

Da wurde das Gespräch gesucht. Wir sind davon überzeugt, dass es zwei Jahre früher hätte passieren können und müssen. Das Gesprächsangebot, das Herr Henner Mahlstedt der Senatorin Frau Professor Kisseler gemacht hat, lag vor; das können Sie doch nicht vom Tisch wischen. Und wenn Sie jetzt so tun, als wäre diese Neuordnung in allen Punkten neu, dann lesen Sie bitte diesen Brief. Gehen Sie zur Kulturbehörde und schauen Sie sich das an. Alle drei Punkte, die diese Neuordnung jetzt vorsieht, waren dort auch schon ausgeführt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch ein Witz!)

Das Einzige, was dort nicht ausgeführt war, war die Enthftung der Planer. Und diese Enthftung war der Preis für die Zustimmung der Planer.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Warum haben Sie dann nicht schon 2010 abgeschlossen?)

Wir sind selbstverständlich auch der Auffassung, weil wir im Gegensatz zu Ihnen offensichtlich den

Anhörungen sehr aufmerksam gefolgt sind, dass die rechtlichen Konstruktionen dieser Neuordnung in Ordnung sind. Dagegen haben wir überhaupt nichts einzuwenden. Was wir nicht in Ordnung finden, ist der lange Weg, die schmerzenden 20 Monate, die es gebraucht hat,

(Dirk Kienscherf SPD: Das hätten Sie doch vorher machen können!)

bis dieser Senat in der Realität angekommen ist, die nämlich bedeutet, dass man mit dem Generalunternehmer verhandeln muss. Der Preis aber, den Sie bezahlen und den Sie als SPD-Fraktion offensichtlich bereit sind zu bezahlen, nämlich 195 Millionen Euro, ist Ihr Preis, weil Sie so lange gebraucht haben, den Realitäten ins Auge zu sehen.

(Karin Timmermann SPD: Was haben Sie denn gemacht, als Sie die Verantwortung hatten? – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Damit keine Irritationen bestehen, im Augenblick hat Frau Dr. Gümbel das Wort. Es ist nichts gegen ein aktives Parlament einzuwenden, aber man sollte sie als Rednerin verstehen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dr. Eva Gümbel GRÜNE (fortfahrend): – Das ist sehr freundlich.

Wir haben zwei Punkte zu kritisieren. Der eine Punkt ist der Preis, das habe ich ausgeführt. Der andere Punkt ist der lange Zickzack-Weg. Wenn dieser Senat die offene Tür, die HOCHTIEF ihm im Juli 2011 bot, nicht zugeschlagen hätte, dann wäre der Preis heute nicht so hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Bürgermeister, noch ein letztes Wort zu Ihnen. In der Drucksache hat der Senat ausgeführt, dass Mehrkosten nicht ausgeschlossen seien. Ich hätte mich gefreut, wenn Ihre Rede und das Ansinnen des Senats, von der Bürgerschaft diese Mittel einzuwerben, etwas weniger von Selbstüberzeugung, man könnte sagen Selbstüberschätzung, gekennzeichnet gewesen wären und etwas mehr der Schwierigkeit und der Tragweite der Entscheidung angemessen gewesen wären. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP – Sylvia Wowretzko SPD: Nicht immer von sich auf andere schließen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie ha-

(Katja Suding)

ben eben in Ihrer Rede nicht einmal – und ich habe sehr genau zugehört – den Versuch unternommen, die Opposition von ihren Zweifeln zu befreien und für Aufklärung zu sorgen. Das finde ich, ehrlich gesagt, angesichts der beträchtlichen Summe von 200 Millionen Euro, die Sie vom Parlament noch einmal zusätzlich einfordern, extrem befremdlich.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen haben Sie von bunten Bildern und der Zukunft gesprochen und von einem demokratischen Haus, das es geben sollte. An dieser Stelle möchte ich Sie noch einmal daran erinnern, dass wir immer noch kein tragfähiges Betriebskonzept vorliegen haben. Das fehlt noch, das sollten Sie schnellstmöglich nachliefern, bevor wir uns überhaupt an solche Träume machen können.

(Beifall bei der FDP)

Dann haben Sie die Gutachteranhörung erwähnt. Es stimmt, es gab eine breite Zustimmung bei den Gutachtern. Ich glaube, das hat auch niemand von den Rednern, die gesprochen haben, verschwiegen. Allerdings, Herr Bürgermeister, war da Ihre Wahrnehmung offensichtlich sehr selektiv. Die Gutachter haben nämlich viele Zweifel geäußert und sie schriftlich dokumentiert. Wir haben vonseiten der Opposition diese Zweifel noch einmal aufgenommen. Es geht uns da um die Stellung der Sachverständigen, es geht uns um die Möglichkeit einer kostenpflichtigen Änderungsanordnung, es geht beispielsweise um die Selbstkontrolle im Bereich der Akustik und noch viele weitere Punkte, die wir genannt haben. Sie sind auf keinen dieser Zweifel eingegangen, und das zeigt uns letztendlich, dass es Ihnen völlig egal ist, ob die Opposition Ihrem Projekt zustimmen kann oder ob wir überzeugt werden können. Sie haben nicht einmal den Versuch unternommen.

Da ist sogar Ihre eigene Fraktion noch ein ganzes Stück weiter, denn die SPD-Fraktion hat immerhin einen Zusatzantrag vorgelegt, in dem ganz klar gefordert wird, die Hinweise, die die Gutachter gegeben haben, zu berücksichtigen. Sie sind immerhin so weit, dass Sie diese Hinweise wahrgenommen haben, und sind damit dem Bürgermeister schon um Einiges voraus.

Die Haftungsübernahme beurteilen wir grundsätzlich als sehr positiv. Wir haben auch gesagt, das Vertragswerk hat grundsätzlich viele gute Seiten. Allerdings haben Sie immer noch nicht gesagt, wie das letztendlich mit der Summe von 195 Millionen Euro Mehrkosten zusammenhängt. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Stadt im Endeffekt allein für die Übernahme der Garantien diese 195 Millionen Euro bezahlt? Ist das die Gegenleistung? Wenn das nicht so ist – Sie schütteln den Kopf –, dann schlüsseln Sie doch ganz genau auf, was wir für die von Ihnen eben so gelobten Garan-

tien zahlen und welche Beträge wir für andere Leistungen zahlen, die wir erhalten.

(Beifall bei der FDP und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Eine Sache fand ich frech, ich muss es so nennen. Sie haben die Opposition in einem sehr merkwürdigen Ton gefragt, was sie denn eigentlich mache, wenn es gut verlaufe. Sie suggerieren, dass das Abstimmungsverhalten der gesamten Opposition nichts anderes ist als Parteipolitik.

(*Sören Schumacher SPD*: Bei der CDU ist das so!)

Dabei sind Sie noch nicht einmal bereit und in der Lage, auch nur auf den kleinsten Zweifel der Opposition mit einem einzigen Wort einzugehen. Das finde ich frech.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Herr Bürgermeister, ich habe Ihnen in fast 20 Minuten sehr, sehr deutlich unsere Beweggründe für unsere Haltung dargelegt. Ich habe Ihnen gesagt, an welchen Stellen wir überzeugt sind, dass Sie auf dem richtigen Weg sind. Ich habe Ihnen auch gesagt, wo wir erhebliche Zweifel haben. Wir haben einen Zusatzantrag vorgelegt, der ganz genau beschreibt, wo unsere Zweifel liegen. Auf keinen dieser Zweifel sind Sie eingegangen. Trotzdem – und dabei bleibe ich, das habe ich Ihnen eben auch schon gesagt, da sprachen Sie aber mit Ihrem Kollegen Scheele – wünschen wir Ihnen natürlich ein glückliches Händchen, ein sehr viel glücklicheres Händchen, als Sie es bisher hatten und als Ihre Vorgänger es hatten. Für uns ist diese Sache keine Parteipolitik, wir wollen, dass die Elbphilharmonie zu einem guten Ende kommt.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein kurzer Satz zu Herrn Dressel. Es war eben ganz schön in Ihrer Rede, wie Sie quasi für alle Oppositionsfraktionen Schulnoten verteilt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da ist die FDP gar nicht so schlecht bei weggekommen!)

Sie haben das Verhalten eines jeden analysiert und bewertet. Ich finde, das steht Ihnen, ehrlich gesagt, nicht zu,

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

auch wenn Sie unseren Zusatzantrag tatsächlich lobend erwähnt haben. Er ist auch wirklich gut. Ich kann Ihnen nur empfehlen, ihm zuzustimmen. Über Ihren Zusatzantrag kann man das wirklich nicht sagen. Dieser Antrag ist nicht mehr als eine Alibiveranstaltung, er ist absolut lasch und absolut mau. Ich kann nicht verstehen, wenn Sie tatsächlich er-

(Katja Suding)

kannt haben – das liest man zwischen den Zeilen –, dass es berechnete Zweifel an der Neuordnung gibt, warum Sie dann heute zustimmen und die Verhandlungen über das Abstellen dieser Mängel in die Zukunft verschieben. Sie wissen doch ganz genau, dass es um 195 Millionen Euro geht, von denen doch auch Sie nicht wissen, wie sie sich zusammensetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Doch!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Diskussion wird die Hamburgerinnen und Hamburger wahrlich nicht davon überzeugen, dass das Projekt Elbphilharmonie ein gutes Projekt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich erzähle Ihnen nichts Neues. Seit Anbeginn hat DIE LINKE sich gegen den Bau der Elbphilharmonie in städtischer Verantwortung ausgesprochen. Unsere Bedenken sind seit Baubeginn 2007 mit jeder weiteren Aufstockung des Finanzetats und jedem Konflikt zwischen dem Bauherrn und HOCHTIEF massiv verstärkt worden.

DIE LINKE befürwortet aber durchaus, dass Städte wie Hamburg durch herausragende Bauten architektonisch geprägt werden. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Herr Bürgermeister. Schließlich waren wir es, die darauf gedrungen haben, dass die Fritz-Schumacher-Bauten nicht verfallen und nicht durch energetische Sanierung verschandelt werden. Und wenn Sie, Herr Bürgermeister, von demokratischer Architektur sprechen, dann fällt mir als Erstes Fritz Schumacher ein. Da frage ich mich natürlich, wieso genau die Elemente in den alten Fritz-Schumacher-Bauten, die für ein soziales Miteinander freigehalten wurden, jetzt verwertet und zu Wohnungen umgebaut werden. Das ist dann keine demokratische Architektur mehr. Eine demokratische Architektur lebt vom Inhalt, aber bisher haben wir bei der Elbphilharmonie nur die Fassade.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Ablehnung gegenüber der Elbphilharmonie gründet sich hauptsächlich auf folgende Zusammenhänge.

Erstens: Hamburg ist eine sozial zutiefst gesplante Stadt. Das bedeutet, dass viele Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, vor allem von der Kultur, ausgeschlossen sind. Seit 2007 hat die soziale Spaltung dramatisch zugenommen. Ein wirkliches Sozialticket ist bisher vom Senat immer abgelehnt worden, auch von den Vorgängersensaten. Auch das Berliner Modell für nicht

verkaufte Tickets wird in Hamburg nicht angewandt. Die Elbphilharmonie wird den Zugang zur Kultur verstärkt abhängig machen von dem Einkommen derjenigen, die sie besuchen. Und wenn Sie sagen, Herr Kerstan, die Elbphilharmonie werde eine Kultur für alle sein, dann sage ich Ihnen, dass wir in Hamburg keine Kultur für alle haben, und durch die Elbphilharmonie werden wir sie erst recht nicht bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wersich, Sie haben in Ihrer Rede sehr euphorisch dargestellt, dass sich die Elbphilharmonie für die Stadt lohnen werde. Da frage ich mich, wer denn die Stadt ist oder wer es in der Stadt ist, der etwas vom Erfolg der Elbphilharmonie haben wird – nicht diejenigen, die am Besuch mehr oder minder gehindert sind.

Zweitens: Durch die Schuldenbremse haben wir eine strikte Begrenzung des Behördenetats auf 0,88 Prozent pro Jahr. Es werden Kürzungen durchgesetzt, die die kleineren Kultureinrichtungen besonders hart treffen. Besonders in den Stadtteilen, aber auch in den Theatern und Museen fehlt es an allen Ecken und Enden an Mitteln, um den Geschäftsbetrieb so zu führen, wie es wünschenswert wäre. Allein die vorerst letzte Aufstockung für die Elbphilharmonie, die heute zur Abstimmung steht, entspricht einer Steigerung von 30 Prozent. Das ist im Vergleich zu den 0,88 Prozent der Schuldenbremse überhaupt kein Verhältnis und nicht zu rechtfertigen. Mit Gerechtigkeit, Herr Dressel, hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Stadt, die sich in solchen Haushaltszwängen befindet, kann sich unserer Auffassung nach eine Elbphilharmonie schlicht nicht leisten.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und dann wollen Sie die jetzt abreißen, oder was soll damit passieren?)

Drittens: Das Gegenargument lautet immer, man könne Betriebskosten nicht mit Investitionen vergleichen. Deshalb noch ein anderer Hinweis. Die Hochschule für Musik und Theater braucht dringend Übungsräume für die Studierenden, also für diejenigen, die prädestiniert dafür sind, später einmal in der Elbphilharmonie als Musiker zu spielen. Und alles, was die Hochschule für Musik und Theater bräuchte, wären circa 2 Millionen Euro, vielleicht auch 5 Millionen Euro, wenn man sofort Abhilfe schaffen wollte und nicht erst 2014. Nach Auffassung des Senats ist dafür kein Geld da. Beides sind Investitionen. Warum dreistellige Millionenbeträge für die Elbphilharmonie immer problemlos und sofort zur Verfügung stehen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ist das hier problemlos?)

(Dora Heyenn)

und im Vergleich dazu geringe Beträge für die Studienbedingungen der zukünftigen Musiker nicht, das versteht keiner.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wenn nach Haushaltsberatungen, bei denen wir jeden Tag und jede Stunde gehört haben, es sei kein Geld da, drei Tage später gesagt wird, es stehe ein dreistelliger Millionenbetrag für die Elbphilharmonie zur Verfügung, dann ist das auch eine Missachtung des Parlaments.

Unsere Skepsis ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen, die der Hamburgerinnen und Hamburger gegenüber der Elbphilharmonie übrigens auch. Wir gehen ganz nüchtern davon aus, dass, wenn Sie so weitermachen wie bisher und wie es jetzt vorliegt, dies heute nicht der letzte Nachschlag für das Bauwerk in der HafenCity sein wird. Herr Kerstan, Sie haben gesagt, dass die Kosten jetzt aus dem Ruder gelaufen seien.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Nicht erst jetzt!)

Jemand sagte – ich glaube, das waren Sie, Herr Wersich –, sie seien so aus dem Ruder gelaufen wie noch nie. Wir sagen Ihnen: Die Kosten für die Elbphilharmonie sind von Anfang an völlig aus dem Ruder gelaufen, und einige behaupten, es wäre sogar geplant gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurzum: Wir glauben nicht, dass der Senat den Bau und die Kosten im Griff hat. Deshalb lehnen wir auch die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln ab.

Herr Bürgermeister, Sie gehen von völlig falschen Prämissen aus. Sie haben jetzt schon wieder so eine Zahl genannt, dass Sie mit 400 000 Besuchern pro Jahr rechnen. Die IBA und die igs müssten Ihnen doch zeigen, dass man damit vorsichtig sein sollte und dass das nur eine Vermutung sein kann.

Noch eines: Seit wann hören Sie eigentlich auf Experten, die in Ausschüssen auftreten? Ich möchte einmal daran erinnern, dass in der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Haushaltsausschusses zu Ihrem Projekt der 25,1 Prozent Beteiligung an den Netzen mit E.ON und Vattenfall

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Genau!)

kein einziger Experte der Bürgerschaft geraten hat, den Verträgen zuzustimmen, ganz im Gegenteil. Die überwiegende Mehrheit hat gesagt, sie könne Ihnen nicht raten, zuzustimmen, wenn sie Abgeordnete wären, würden sie es nicht tun. Vielleicht sollten Sie ein bisschen konsequenter sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Kisseler.

Senatorin Barbara Kisseler: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die bisherigen Wortbeiträge, insbesondere der CDU und der GRÜNEN, kann man eigentlich nur noch mit einigem Erstaunen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wirklich überraschend sind sie nach dem Verlauf der letzten Wochen und insbesondere der letzten Tage allerdings nicht.

(*Dennis Gladiator CDU*: Wir kennen Ihre Fehler ja auch!)

Sie haben zunächst wochenlang beklagt, dass es zu wenig Beratungszeit gäbe, bis der Vorsitzende des Kulturausschusses, Herr Hackbusch, dankenswerterweise darauf hingewiesen hat, dass es sinnvoller sein könnte, mit der inhaltlichen Beratung zu beginnen, anstatt weiter das parlamentarische Verfahren zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in drei Ausschusssitzungen insgesamt 11 Sachverständige gehört. Die eindeutigen Ergebnisse dieser Anhörungen bilden nach unserer Einschätzung eine sehr gute Entscheidungsgrundlage, vorausgesetzt, man ist zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Neuordnung bereit.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bereitschaft bestand und besteht aber offensichtlich nicht in allen Fraktionen. Als die von den Fraktionen der Bürgerschaft selbst bestellten Gutachter in großer Einmütigkeit und auch Eindeutigkeit sowohl die Neuordnungsvereinbarung gelobt als auch die Kündigung als Handlungsalternative verworfen haben,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Da fragt man sich, warum Sie die so lange vor sich hergetragen haben!)

haben insbesondere CDU und GRÜNE dies nicht zum Anlass genommen, sich mit den umfangreichen Gutachten inhaltlich auseinanderzusetzen. Sie haben es stattdessen vorgezogen, die nächste Verfahrensdebatte zu führen, zum Beispiel darüber, ob der Bürgermeister im Ausschuss reden solle.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Sie reden ja jetzt auch nur über das Verfahren!)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Wenn ich Sie heute nach Ihrer inhaltlichen Haltung frage, dann muss ich feststellen, dass Sie offensichtlich keine haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wersich, Sie wissen, dass ich Sie durchaus schätze. Erlauben Sie mir die Frage: Wollen Sie die Neuordnung nicht?

(Senatorin Barbara Kisseler)

(*Dietrich Wersich CDU*: Keine Spielchen!)

– Es ist kein Spielchen, ich meinte das durchaus ernst.

Sie wollen die Neuordnung nicht, Sie wollen auch die Kündigung nicht,

(*Dietrich Wersich CDU*: Das ist doch Quatsch! Wir haben Vorschläge gemacht!)

obwohl Sie davon ausgehen, dass die Kündigung 100 oder 200 Millionen Euro günstiger wäre. Dann erlaube ich mir die Frage: Was wollen Sie denn?

(Beifall bei der SPD)

Das Verhalten von CDU und GRÜNEN kann man kurz und knapp zusammenfassen. Sie haben das Feld der inhaltlichen Auseinandersetzung nicht gesucht

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Sagen Sie doch mal was zur Sache!)

und bis zum Abschluss der Beratungen im Wesentlichen verfahrenstechnische Aspekte in den Vordergrund gestellt.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Was haben Sie denn zum Verfahren gesagt? Gar nichts!)

Anstatt zu dem Projekt und seiner eigenen Verantwortung, Herr Kerstan, für den misslungenen Projektverlauf zu stehen und sich damit auch wirklich zu dem Projekt zu bekennen, wird das Projekt Elbphilharmonie erstmals genutzt, um ausschließlich und ein wenig mephistophelisch die reine Oppositionsrolle zu spielen. Sie wissen schon, Herr Wersich: Ich bin der Geist, der stets verneint.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es das gute Recht der Opposition, eine Vorlage des Senats abzulehnen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Ganz großzügig!)

Die SPD hat 2009 auch gegen Ihren Nachtrag 4 gestimmt. Aber der große Unterschied besteht darin, dass die SPD damals aus inhaltlichen Gründen

(Zurufe von den Oppositionsfraktionen: Oh, oh!)

dem Nachtrag 4 nicht zugestimmt hat.

(Beifall bei der SPD)

Nach den intensiven Beratungen der letzten Monate...

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Vielleicht erinnert sich das Parlament an meine Einlassung vor ungefähr 20 Minuten. Es ist nichts gegen ein aktives Parlament zu sagen, aber die

Rednerin sollte die Chance haben, verstanden zu werden.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von *Jens Kerstan GRÜNE*)

Senatorin Barbara Kisseler (fortfahrend): – Wenn man es selbst schreibt, Herr Kerstan, kann man es auch glauben.

(Beifall bei der SPD)

Nach den intensiven Beratungen der letzten Monate kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie darauf zu vertrauen scheinen, dass die SPD-Fraktion der Neuordnung schon zustimmen werde und Ihre Fraktionen sich der weiteren Verantwortung für dieses Projekt entziehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Dass das nicht nur meine Wahrnehmung ist, sondern möglicherweise auch die des ehemaligen Ersten Bürgermeisters Ole von Beust,

(*Dr. Till Steffen GRÜNE*: In Sachen Elbphilharmonie ist er ein echter Experte!)

zeigt ein Blick in das heutige "Hamburger Abendblatt" – ich zitiere –:

"Entscheidend ist, dass ein vernünftiger Weg gefunden wird, die Sache im Zeit- und Finanzplan zu Ende zu führen. Dafür reicht auch eine Stimme Mehrheit."

Wie Sie diesen Satz zu interpretieren haben, meine Damen und Herren von der Opposition, wissen Sie sicherlich selbst am besten.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Senatorin Kisseler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Senatorin Barbara Kisseler (fortfahrend): Nein.

(Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einem halben Jahr liegt das Angebot von HOCHTIEF auf dem Tisch, das Grundlage der Neuordnung ist. Seit vier Monaten ist der konkrete Neuordnungsvertrag bekannt, und seit zwei Monaten diskutieren wir die Drucksache, die heute zur Abstimmung steht. Dieses Beratungsverfahren war umfangreicher als alle bisherigen Beratungen zur Elbphilharmonie.

(Beifall bei der SPD)

Aber den Erkenntnissen aus der parlamentarischen Beratung wollen Sie sich verschließen.

(Zuruf von *Dr. Eva Gumbel GRÜNE* – *Dr. Till Steffen GRÜNE*: Sie lernen es überhaupt nicht mehr!)

(Senatorin Barbara Kisseler)

Warum, hat sich mir zumindest bisher nicht erschlossen. Der Vorwurf, der Senat habe einen Zickzackkurs gefahren, deckt sich weder mit den Ihnen vorliegenden Akten, noch ist er inhaltlich zutreffend. Sie halten es anscheinend für ein erstrebenswertes Vorgehen, konsequent nicht aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und an dem Vertrag aus 2006 und dem Nachtrag 4 festzuhalten.

Herr Kerstan, wenn Sie, wie vorgestern im "Hamburg Journal", dem Bürgermeister einen langsamen Lernprozess vorwerfen,

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbel* und *Dr. Till Steffen*, beide GRÜNE)

dann würde ich gern einmal wissen, wie Ihre Lernkurve seit 2006 aussieht.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Warum haben Sie 2009 dem Nachtrag 4 zugestimmt? Und wann haben CDU und GRÜNE versucht, die Grundfehler dieses Projekts zu beseitigen?

(*Dietrich Wersich* CDU: Wir haben zwei Vorschläge gemacht!)

Wir alle wissen, dass der Nachtrag 4 ein rein monetärer Nachtrag war, der die fehlerhaften vertraglichen Strukturen gerade nicht geändert hat.

(Vizepräsidentin *Dr. Eva Gümbel*: Jetzt gibt's aber noch einen Nachtrag 5!)

Herr Kerstan, Ihren Ausführungen, dass Sie zur Elbphilharmonie stehen, entnehme ich, dass Sie gern an der Eröffnung dieses großartigen Projektes teilnehmen wollen, aber für den Weg bis dahin keine Verantwortung übernehmen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Neuordnung des Projektes hat die größtmögliche Sicherheit für die Stadt gebracht und grundlegende Fehler aus der Vergangenheit bereinigt. Bei sachlicher Betrachtung könnte man das parteiübergreifend als gemeinsame Erkenntnis festhalten. Eigentlich müsste es auch Auswirkungen auf Ihr Abstimmungsverhalten haben.

(*Jörg Hamann* CDU: Was ist denn mit den 250 Millionen Euro? – Zuruf von *Hans-Detlef Roock* CDU)

Ich habe im Laufe der Beratungen niemanden gehört, der eine Alternative auf den Tisch gelegt hätte, wie der monatelange Baustillstand anders aufgehoben und das Projekt endlich zu einem erfolgreichen Ende hätte geführt werden können. Wenn wir uns also nüchtern anschauen,

(*Dietrich Wersich* CDU: Waren Sie da ange-trunken im Sommer letzten Jahres? Sie haben es doch selbst verhandelt!)

wo wir heute stehen, dann müssen wir feststellen, dass wir nach sechs Jahren Projektgeschichte voller Pannen, Streit und Nachträgen endlich erstmals eine wirkliche, realistische Neuordnung vorliegen haben, mit der wir die Ursprungsfehler bereinigen können. Erstmals sind die Aufgaben der Projektpartner genau definiert, die Planungen sind klar beschrieben, und die Risiken liegen nicht mehr bei der Stadt. Erstmals hat HOCHTIEF weitreichende Garantien für die Qualität und den Fertigstellungstermin gegeben, und all dies könnte unproblematisch in eine gemeinsame Haltung der dieses Projekt befürwortenden Parteien münden.

Das ist offensichtlich nicht von allen gewollt, und umso mehr begrüße ich die durchaus differenzierte Haltung der FDP und der LINKEN. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir Ihre Vorschläge intensiv prüfen werden. Allerdings möchte ich dabei für den von SPD und LINKEN aufgezeigten Weg einer Nachverhandlung mit ADAMANTA und HOCHTIEF werben und nicht den Vorschlag der FDP aufnehmen, den eigentlichen Vertragsabschluss einmal mehr zu verschieben – auf den 30. September – und die Kosten noch einmal zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD – *Katja Suding* FDP: Das habe ich so nicht gesagt!)

Dass dies aus Sicht des Senats das falsche Vorgehen wäre, haben wir bereits in den Ausschusssitzungen dargelegt.

Meine Damen und Herren! Ich kann absolut verstehen, dass die Entscheidung insbesondere zu den Mehrkosten, das ist hier mehrfach deutlich geworden, nicht leicht fällt. Und Sie wissen – zumindest können Sie es wissen –, dass auch wir uns diese Entscheidung alles andere als leicht gemacht haben. Wir sollten das Ergebnis dieser intensiven Beratungen ernst nehmen und die Chance ergreifen, dieses großartige Projekt für die Stadt endlich wieder nicht nur in gute, sondern auch in abschließende Bahnen zu lenken. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Senatorin Kisseler, ich möchte nach Ihrem Redebeitrag noch einmal deutlich unterstreichen, dass die Redner meiner Fraktion die Verfahrenskritik, die wir zwischendurch durchaus hatten, nicht in den Mittelpunkt ihrer Reden gestellt haben

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Ich habe dazu gar nichts gesagt!)

und dass dieses auch nicht der Grund ist, warum wir uns heute so verhalten. Ich möchte Ihnen das

(Anja Hajduk)

noch einmal deutlich sagen, weil Sie das anscheinend missverstanden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Vértés-Schütter, Sie haben recht, heute müssen sich alle Fraktionen, auch die Oppositionsfraktionen, für ihr Abstimmungsverhalten erklären. Wir GRÜNEN haben eine Tradition, auch aus der Oppositionsrolle zu dem Projekt Elbphilharmonie zu stehen. Das werden wir weiter tun, aber wir lassen uns nicht die Kritik an diesem Senatsverhandlungsergebnis nehmen. Damit werden Sie sich inhaltlich auseinandersetzen müssen, auch wenn es Ihnen schwerfällt, Frau Senatorin.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Sich erklären heißt, Frau Vértés-Schütter, zu erläutern, wie wir die Verträge beurteilen. Herr Kerstan hat in seinem Beitrag deutlich gemacht, dass wir sehr wohl gelernt haben, dass die Qualität der Verträge in den Anhörungen der Kritik der Experten standgehalten hat. Das sagen wir auch, und das gehört zu einer ehrlichen Stellungnahme heute dazu. Zur Abstimmung stehen aber nicht nur die Verträge, sondern auch die Summe und die Auswirkungen auf den Haushalt.

Damit es nicht nur aus der Erinnerung beschrieben wird, darf ich aus der Anhörung zitieren. Herr Lindenberg, der Aufsichtsratsvorsitzende der ReGe, hat auf die Nachfrage, inwiefern die 195 Millionen Euro durch zusätzliche Kosten belegt seien, Folgendes gesagt:

"Ich werde mich dann nur kurz dazu äußern, weil ich inhaltlich dazu nur Folgendes sagen kann: Das Ganze ist eine Einigungssumme, weil wir letztlich keine detaillierte Aufschlüsselung bekommen haben von HOCHTIEF dazu."

Wenn das der Fall ist, dann darf eine Oppositionsfraktion sagen, dass das keine ausreichende Begründung für den Nachweis von 195 Millionen Euro ist.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Sie hätten selber hier heute ehrlicher sein können, Herr Dr. Dressel, es ist schlicht ein Angebot von HOCHTIEF, das der Bürgermeister angenommen und schon öffentlich am 15. Dezember zugestanden hat, obwohl die Verträge damals noch nicht mit den Garantien durchverhandelt waren. Das ist Ihr Verhandlungsstil, und der hat uns bis heute nicht überzeugt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Dann möchte ich einen letzten Punkt nennen. Wir haben die inhaltliche Auseinandersetzung bis zum heutigen Tag gesucht. Ich finde es auffällig, wenn der Bürgermeister dieser Stadt, der ein kluger

Mann ist, der komplexe Dinge durchdringt und gut zuhören kann, auf die Kritik, die er zu seinem Verhandlungsstil gehört hat, an einem ganz auffälligen Punkt mit keiner Silbe darauf reagiert. Das heißt für mich, dass Sie darauf keine gute Antwort haben, Herr Bürgermeister. Die Frage ist nämlich, warum Sie im Sommer und im Herbst 2011 ein Angebot von HOCHTIEF nicht angenommen haben. Warum sind Sie nicht auf das Anschreiben von HOCHTIEF, eine Neuordnung über die strukturellen Defizite zu verhandeln und auch – ich zitiere aus dem entsprechenden Brief – "ein gemeinsames Verständnis wieder für das Projekt zu entwickeln", eingegangen, in dem HOCHTIEF die Planungsverantwortung übernimmt, dabei aber der Generalplaner eingebunden ist, und HOCHTIEF ab dem Zeitpunkt der Neuordnung für die Zukunft die Verantwortung für Kosten und Termin übernimmt? All diese Eckpunkte sind Ihnen im Sommer 2011 angeboten worden, und Sie haben heute nichts dazu gesagt, warum Sie damals die Verhandlungen nicht aufgenommen haben.

(Glocke)

Insofern haben Sie diesen Preis von einem hohen zweistelligen Millionenbetrag allein zu verantworten. Und eine Opposition, die sich kritisch versteht, stimmt hier selbstverständlich nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister und Frau Senatorin Kisseler, Sie sind auf die Argumente, die die Opposition vorgebracht hat, inhaltlich nicht eingegangen. Sie haben nicht zeigen können, dass Sie sich mit unseren Punkten auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP und bei *Dennis Gladiateur CDU*)

Ich bin das eigentlich in der Form von Ihnen nicht gewohnt. Stattdessen veranstalten Sie einen solchen Klamauk und sagen,

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

dass das keine politische Frage sei, sondern dass man Nerven haben müsse. Herr Bürgermeister, wir sind hier nicht in einem Italo-Western, auch wenn Sie versuchen, das so darzustellen.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wir müssen uns mit den Fragen, um die es geht, auseinandersetzen. Frau Senatorin, alle Gutachter

(Norbert Hackbusch)

und die Opposition haben festgestellt, dass wir zu wenig Zeit hatten, uns mit diesen Fragen zu befassen. Das ist nicht meine Hauptkritik, darum geht es mir nicht, und ich möchte das nicht stundenlang diskutieren, aber es bleibt immer noch ein Problem, dass der Bürgermeister keine ausführliche Diskussion haben wollte und wir deswegen heute schon diese Sitzung machen müssen und nicht erst in drei Monaten, wo wir das vernünftig hätten besprechen können. Mehrere externe Gutachter sind abgesprungen und haben gesagt, dass sie das in dieser Zeit nicht machen, und die anderen haben alle gesagt, dass sie zu wenig Zeit hatten, das kritisch zu kontrollieren. Das steht eindrücklich dort, und Sie müssen das akzeptieren oder zumindest gelesen haben.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Es ist keine Frage – auch das wurde von allen hier gesagt –, dass der Vertrag einen Fortschritt darstellt. Es wäre ein noch größerer Hammer, wenn wir 195 Millionen Euro bezahlen müssten und noch nicht einmal einen Fortschritt hätten. Wir haben einen gewissen Fortschritt, nur sind wir nicht der Meinung, dass dieser 195 Millionen Euro wert ist, und wir meinen, dass Sie die Risiken unterschätzen.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Das Erste ist – und ich merke, dass man das angesichts dessen, wie Sie das mit den Gutachtern darstellen, noch einmal sagen muss –, dass wir als Bürgerschaft eine größere, unabhängige Kraft gegenüber dem Senat brauchen, um in der Lage zu sein, solche Fragen vernünftig einschätzen zu können.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Dr. Andreas Dressel SPD: Haben wir doch gehabt!)

Deswegen habe ich mich dafür ausgesprochen, dass es externe Gutachter gibt. Ich wollte sie nicht nach dem Motto "Mach das, was ich will" einsetzen, und das ist auch das Richtige dabei. Sie haben den Mut nicht gehabt, Herr Dressel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wieso, wir sind darauf eingegangen!)

Wir wollten unabhängige Gutachten von zwei Gutachtern mit einem guten Namen haben, die wir zusammen aussuchen. Aber in den Vereinbarungen war es Ihnen wichtig, dass jede Fraktion in der typischen Art und Weise ihren Gutachter bestimmen darf, so wie wir es bei Expertengutachten machen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ihrer war sogar noch der beste, Herr Hackbusch!)

Diesen Mut haben Sie nicht gehabt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass die Erfahrung mit diesen Gutachtern vielleicht dazu führt, dass wir als Bürgerschaft unabhängig davon etwas prüfen können. Das ist im Zusammenhang mit den weiteren Prozessen aber auch notwendig. Wir haben deswegen den Zusatzantrag gestellt, dass es externe Expertengutachter gibt, die uns als Bürgerschaft beraten,

(*Jan Quast SPD:* Folgen und hören tun Sie trotzdem nicht auf den Gutachter!)

damit wir nicht wieder davon abhängig sind, ob uns der Senat irgendwann etwas erzählt oder nicht.

Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, die entscheidende Frage lautet, warum Sie diese Frage im Zusammenhang mit HOCHTIEF nicht mit uns gemeinsam besprochen haben und der Stadt und der Bürgerschaft nur irgendwelche euphorischen Erklärungen gegeben haben, dass jetzt der Durchbruch da sei und dass Sie im letzten Sommer alles erreicht hätten, statt mit uns und mit der Stadt darüber zu diskutieren, dass wir ein Problem haben und verschiedene Angebote. Sie wollten keine demokratische, unabhängige Diskussion mit uns haben, sondern nur verkündigen und unsere Zustimmung dafür organisieren. In diesem Prozess haben wir hoffentlich einiges gelernt, sodass wir weitergekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zuletzt zu den weiterhin verbleibenden Problemen; Sie haben nur drumherumgeredet. HOCHTIEF wird weiterhin ein Claim-Management machen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das wird ins Leere laufen!)

Ich gebe zu, dass dieser Vertrag so gut ist, dass er das wahrscheinlich nicht im Zusammenhang mit den Preisen organisieren wird, aber ich bin mir nicht sicher. Überhaupt nicht mehr eingreifen zu können, ist ein riesiges Problem für die Stadt, und das werden wir noch einmal gesondert diskutieren.

Es wird aber ein Problem im Zusammenhang mit der Qualität und mit den Sachverständigen geben. Hoffentlich haben Sie dazugelernt. Die unabhängigen Gutachter haben innerhalb der 14 Tage, in denen sie das analysiert haben, einen schwerwiegenden Fehler in Ihrem Vertragswerk gefunden, nämlich dass die unabhängigen Sachverständigen von HOCHTIEF bezahlt werden und nicht von der Stadt.

(*Jan Quast SPD:* So war das nicht formuliert; es war kein schwerwiegender Fehler!)

Das war ein schwerwiegender Fehler und wurde von allen Experten so dargestellt. Herr Diederichs, den Sie heute so oft gefeiert haben, hat genau gesagt, dass es unbedingt notwendig ist, das noch zu ändern. Daran merken Sie doch, dass die demokratische Diskussion in der Bürgerschaft auch Sie voranbringt und einige Fortschritte erzeugt.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN)

Bitte akzeptieren Sie das, machen Sie nicht solch einen Klamauk und tun Sie nicht, als ob Sie der Held eines Western-Italos wären.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bläsing.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wirkt so, als hätten wir den Prozess einer Elefantenschwangerschaft gehabt – diese braucht auch ungefähr 20 bis 22 Monate – und das wäre jetzt der große Wurf. Ich will aber noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Bürgermeister in diesem Prozess ...

(Zuruf von *Jens Kerstan GRÜNE* – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Bläsing, leider muss ich Sie noch einmal unterbrechen. Ich muss anscheinend alle zwanzig Minuten den Hinweis geben, dass der Redner zu verstehen sein sollte. Die meisten Fraktionen haben keine Redezeit mehr, aber Herr Bläsing hat noch welche, und deshalb hören Sie ihm jetzt bitte zu.

Robert Bläsing FDP (fortfahrend): – Ein Elefant, Herr Kerstan, um es Ihnen zu beantworten.

Der Bürgermeister war damit in den Prozess gestartet, dass es auf keinen Fall einen Nachschlag gebe. Später wurde dann, das haben wir hinlänglich debattiert, der Kostenschock vorbereitet, und am Ende stand eben doch die Scheckbuchpolitik, Herr Bürgermeister. Das ist die Entscheidung, die heute getroffen wird.

(Beifall bei der FDP)

Immerhin wurde ein Kündigungsszenario ausgearbeitet, und jetzt ist der Eindruck da, dass der Bürgermeister mit hohlen Kulissen ein Potemkinsches Dorf hingeschmiedet und –gezimmert hat, sich dann an den Pokertisch gesetzt hat, und das Blatt war eigentlich schlecht. Ich weiß nicht, ob sich dieser Eindruck bestätigen würde, wenn man dem näher nachgehen könnte. Des Pudels Kern, Frau Senatorin Kisseler, an diesem Alternativszenario war letztlich ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, und deshalb kann ich mir an der Stelle keine wirklich abschließende Meinung darüber bilden.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Es tut mir leid, aber die Mahnung eben hatte ich ernst gemeint. Jeder einzelne Redner hat das Recht, dass man ihm zuhört.

Robert Bläsing FDP (fortfahrend): Jedenfalls hatten Sie den Zeitpunkt für die Kündigung verpasst, als doch die Dachabsenkung kam. Das musste sogar noch in den großen Vertrauensbeweis umgedeutet werden. Was zwangsläufig folgte, waren Verhandlungen, die Sie mit der einsamen Entscheidung für das, was Sie uns vorgelegt haben, beendet haben.

Herr Dr. Dressel, Sie sagen, dass die 195 Millionen Euro sauber hergeleitet seien.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Seite 14!)

– Ja, damit wedeln Sie jetzt immer.

Ich habe mir das alles genau angeschaut, durchgelesen und habe genau zugehört. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass über das, was als Ergebnis am Ende herauskam, hin- und herverhandelt – auf dem Basar würde man sagen gefeilscht – wurde. Andere nennen das vielleicht juristische Differenz. Ich bin kein herausragender Jurist, um das wirklich beurteilen zu können.

(*Birte Gutzki-Heitmann SPD:* Richtig!)

Wir streiten über jede tausend Euro im Haushaltsausschuss, aber bei den 195 Millionen Euro soll das Preisschild klaglos akzeptiert werden. Ich kann das persönlich nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben am letzten Freitag nachgefragt, und es fiel sogar das Wort "alternativlos". Die "tageszeitung" hat dankenswerterweise das Nötige dazu geschrieben, nämlich dass Frau Senatorin Kisseler auf psychologische Erklärungen ausgewichen ist, beispielsweise bei der Frage, woher jetzt die Zuversicht genommen wird, dass HOCHTIEF nun doch ein zuverlässiger Partner ist oder was mit Bereichen ist, in denen das HdM-Label nicht gilt, ob hier eine 08/15-Plastikausstattung genommen wird und ob die Stadt dann sehen kann, wie sie damit klarkommt oder vielleicht doch intervenieren muss. Das sind Ansätze, wo mit Glaube, Wunsch und Hoffnung agiert wird. Das kann ich auch nicht akzeptieren.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Wieder einmal wird es mit großer Mühe als Prozess dargestellt, der denklologisch folgerichtig und am Ende alternativlos war. Das gipfelte in der grenzenlosen hanseatischen Bescheidenheit des Ersten Bürgermeisters, dass er sich selber starke Nerven attestierte. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Hochmut kommt in der Regel vor dem Fall, das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Sie haben angeboten, hinter verschlossenen Türen Auskunft zu geben, und dann allerdings abgelehnt, in den Haushaltsausschuss zu kommen.

(Robert Bläsing)

Herr Bürgermeister, immer, wenn es eine Pressekonferenz gab, dann waren Sie der Wortführer und Frau Kisseler lediglich die Nebendarstellerin. Das muss man bei allem Respekt, Frau Senatorin, so sagen.

Die FDP hat sich, weil viele Fragen offen waren, auf eine Enthaltung festgelegt.

(Jan Quast SPD: Entschieden es Jein!)

Wir wollen einerseits kein hohes Türmchen bauen, hinaufklettern und nicht mehr herunterkommen, und auf der anderen Seite wollen wir auch nicht "Augen zu und durch" sagen und einfach zustimmen. Es ist eine sehr lang diskutierte, weise Entscheidung von uns, zur Enthaltung zu kommen.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, der konkrete Punkte aufnimmt. Es ist besser, erst auszuverhandeln und nicht nachzuverhandeln. Wenn jetzt schon wieder gesagt wird, dass das nachverhandelt werden kann, dann sage ich Ihnen, dass es ausverhandelt werden muss und nicht nachverhandelt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Dressel, was die SPD vorgelegt hat, ist wieder weiße Salbe, die Sie auf die Sollbruchstellen schmieren.

(Arno Münster SPD: Es ist 18 Uhr, wir haben eine Sondersitzung und keinen Laberverein!)

Das können sogar Sie besser, und das spricht Bände.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wersich, Sie haben von einem "Abnickverein Bürgerschaft" gesprochen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Nee, CDU hat er gesagt!)

Sie wissen, dass ich mich in Abstimmungen nie – ich bin seit 1997 in der Bürgerschaft – als jemanden gesehen habe, der irgendetwas abnickt. Ich habe auch der Elbphilharmonie nie zugestimmt und immer dafür plädiert, dass sie komplett privat finanziert werden soll.

Wenn wir jetzt eine Debatte haben, wie es mit der Elbphilharmonie weitergehen soll, und Herr Hackbusch sagt, dass wir zu wenig Zeit haben, dann will ich ihm sagen: Herr Hackbusch, ich habe alle Debatten mitgemacht. Wir hatten noch nie, zu keinem einzigen Zeitpunkt, so viel Zeit wie jetzt für einen Nachtragshaushalt. Noch nie haben wir so lange die Möglichkeit gehabt, Fragen zu stellen,

und noch nie haben wir so viele Gutachter hören können. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir viele Gutachter gehört, und die Gutachter – unter anderem auch der Bund der Steuerzahler – haben gesagt, dass das Parlament das jetzt so machen soll und wir die Alternative nicht tun sollen. Das haben sie sehr überzeugend gemacht, und darum werde ich dieser Drucksache zustimmen. Eine Alternative ist nicht da. Ich habe von Ihnen keinen einzigen Antrag gesehen, den wir alternativ abstimmen können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Ja! – Katja Suding FDP: Zusatzanträge! – Jens Kerstan GRÜNE: Den gab's beim Nachtrag 4 von der SPD auch nicht!)

Sie haben Zusatzanträge gestellt, das ist richtig, aber eine konkrete Alternative, was wir hätten anders machen sollen, sehe ich nicht. Meine Entscheidung steht. Wir haben die Drucksache und wir haben Gutachter. Die Gutachter haben mich überzeugt, daher werde ich dem Gutachten dieser Drucksache zustimmen.

Ich frage Sie, wie Sie in Zukunft den Menschen in der Stadt begegnen wollen, wenn es um die Frage geht, wie es mit der Elbphilharmonie weitergeht. Wenn Sie recht behalten – und jeder Politiker möchte mit seiner Meinung auch in Zukunft recht haben –, dann müssen Sie überall hingehen und sagen, dass die SPD Mist gebaut hat und dass es mit der Elbphilharmonie nichts wird.

(Jens Kerstan GRÜNE: Nee, das habe ich so nicht gesagt!)

– Nein, das haben Sie so dargestellt. Sie haben gesagt, dass diese Verträge nicht funktionieren würden und große Fehler beinhalteten.

(Zuruf von Dr. Eva Gümbel GRÜNE)

Frau Dr. Gümbel hat das sehr deutlich gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie den Menschen in der Stadt darstellen, und das heißt doch, dass Sie diesen eigentlich sagen müssen, dass es nicht funktionieren wird mit der Elbphilharmonie. Wie sollen wir die Menschen dann davon überzeugen, dass das etwas Gutes ist und dass alle Menschen dort hingehen sollen?

(Beifall bei der SPD – Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sie haben doch Angst vor den Menschen!)

Meine große Bitte an alle ist, an die Menschen in der Stadt zu denken. Wir haben jetzt dieses Projekt. Ich wollte das so nicht finanziert haben. Ich stimme dem aber trotzdem jetzt zu, damit es fertiggestellt wird. Und ich bitte Sie alle, auf die Menschen in der Stadt zuzugehen und für dieses Projekt zu werben. Sonst wird das nichts. – Vielen Dank.

(Dr. Mathias Petersen)

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zu den Abstimmungen kommen können. Wir beginnen mit dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/8448. Diesen möchten die Fraktionen der CDU, der GRÜNEN und der LINKEN ziffernweise abstimmen lassen.

Wer nun Ziffer 1 des FDP-Antrags folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich den Ziffern 2a, b, c, f und i sowie Ziffer 3 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffern sind mit Mehrheit abgelehnt.

Wer den Ziffern 2d, e und g zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffern sind mit Mehrheit abgelehnt.

Wer nun noch die Ziffer 2h annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2h ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE, hier zunächst zur Drucksache 20/8449. Diesen Antrag möchte die CDU-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Kulturausschuss überweisen.

Wer den Überweisungsbegehren folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag der LINKEN aus der Drucksache 20/8449 in der Sache abstimmen.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Weiter kommen wir nun zum Antrag der LINKEN aus der Drucksache 20/8450.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/8456. Diesen möchte die Fraktion der CDU ziffernweise abstimmen lassen.

Wer Ziffer 1 des SPD-Antrags folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mit Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 3 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen schließlich zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/8340.

Wer der Ausschussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Punkt 2 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/8133, dem Bericht des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/8133 –]**

Wer der Empfehlung des Eingabenausschusses zu der Eingabe 196/13 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer sich der Empfehlung zu der Eingabe 266/13 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Wer sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Punkt 3 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/8194, der Unterrichts-

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

tung durch die Präsidentin: UNSER HAMBURG – UNSER NETZ.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
UNSER HAMBURG – UNSER NETZ
– Drs 20/8194 (Neufassung) –]**

Hierzu ist mir mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Frau Heyenn, Sie bekommen es für fünf Minuten.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben zwei Ältestenratssitzungen gebraucht, um uns auf die Gestaltung der Drucksache 20/8194 zu einigen, und wir von der LINKEN werden ihr in der jetzt vorliegenden Form auch zustimmen. Trotzdem möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es Kritik an der ersten Vorlage der GRÜNEN und der LINKEN gab. Noch einmal: Das ist kein Meckern und kein Nölen, darauf haben wir ein Recht, und die Kritik war berechtigt. Neben den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen gibt es eine gemeinsame Stellungnahme von FDP, CDU und SPD auf den ersten drei Seiten, und inzwischen ist auch bei den anderen Fraktionen die Einsicht eingekehrt, dass es nicht deutlich war, von wem diese drei Seiten sind. Wir haben das geändert, und jetzt steht auf der Stellungnahme nicht mehr "Stellungnahme der Bürgerschaft", sondern "Stellungnahme der Initiatoren". Und wie man in den Unterlagen sehen kann, ist jetzt auf jeder Seite unten deutlich gekennzeichnet, von wem diese Seite ist. Das war aus unserer Sicht sehr wichtig.

Mein Fraktionskollege Tim Golke hat mir mitgeteilt, dass in den Beratungen zum Volksabstimmungsgesetz und zur – jetzt kommt ein tolles Wort – Bezirksabstimmungsdurchführungsverordnung immer anhand der Grundlinie diskutiert wurde, dass diese Regelungen auch von juristischen Laien, also den Menschen in der Stadt, verstanden werden müssen und in einer entsprechend verständlichen Sprache verfasst sein müssen. Wir fügen hinzu, dass bei den Volksentscheiden für jeden klar und

deutlich erkennbar sein muss, von wem welche Seite im Abstimmungsheft ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um Transparenz, und das hat heute auch schon in der Debatte um die Elbphilharmonie eine Rolle gespielt.

(Zuruf von *Kai Voet van Vormizeele* CDU)

Wir haben das deswegen heute noch einmal vorgebracht, weil es nicht der erste und nicht der letzte Volksentscheid ist. Wir plädieren dafür, dass bei der nächsten Erarbeitung eines Abstimmungsheftes von vornherein ein faires Verfahren Platz ergreift, gerade dann, wenn die Fraktionen unterschiedlicher Meinung sind, damit klar und deutlich ist, wie welche Fraktion sich in einer bestimmten Sache darstellt. Deshalb wollten wir das noch einmal vortragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen nach Paragraf 26 mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Dazu hat der Abgeordnete Dr. Till Steffen mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer beschließen möchte, dass die der Drucksache anliegenden Stellungnahmen der Fraktionen in das nach Paragraf 19 Absatz 2 Satz 1 Volksabstimmungsgesetz an den Abstimmungsberechtigten zu versendende Informationsheft aufgenommen werden, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer Gegenstimme angenommen.

Wir haben das heutige Sitzungsende erreicht, und uns bleibt von hier oben nur, Ihnen allen eine erholsame Sommerpause zu wünschen. Wir sehen uns Anfang August wieder.

Ende: 18.08 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Heiko Hecht, Robert Heinemann, Klaus-Peter Hesse und Christoph de Vries